

NATO und NATO-Osterweiterung

Pro und contra

in Beiträgen von Erich Hocke,
Dietrich von der Planitz und Ernst Voit

DSS-Arbeitspapiere

Heft 25 – 1996

Herausgeber:

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e. V.

Vorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstraße 2 01277 Dresden

Inhalt:

Erich Hocke

Osterweiterung der NATO - Weg zu einem europäischen Sicherheitssystem?

Seiten **3-17**

Dietrich von der Planitz

Die neue NATO. - Entwicklung der Allianz seit 1990.

Tendenzen für die nahe Zukunft

Seiten **18-33**

Ernst Voit

Osterweiterung der NATO. Interessenten, Ziele, Konsequenzen

Seiten **34-40**

Erich Hocke

Modell Matroschka-Puppe. Eine Nachbetrachtung zur Berliner NATO-Tagung.

Aus „Freitag“. Die Ost-West-Wochenzeitung, Berlin 14.06.96 (Nr. 25, S. 7)

Seiten **41-42**

Redaktion und Vertrieb: Dr. Joachim Klopfer (V. i. S. d. P.)

Am Jägerpark 52

01099 Dresden

Fon/Fax (0351)4429225

Redaktionsschluß: 15.06.1996 (siehe auch am Ende der Beiträge)

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen beim Autor!

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen seiner Zustimmung; zugleich haftet er dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung seiner Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Kostenbeitrag: 2,50 DM

Erich H o c k e

Osterweiterung der NATO – Weg zu einem europäischen Sicherheitssystem?

Vorbemerkung

Noch immer wird das Thema „Osterweiterung der NATO“ heftig diskutiert. Das muß nicht verwundern - schließlich handelt es sich dabei um einen Prozeß, der zweifellos fundamentale Wirkungen auf Sicherheit und Frieden in Europa haben dürfte, dessen konkreter Verlauf und dessen Ausgang aber auch heute noch nicht genau einzuschätzen sind.

Angesichts des anhaltenden öffentlichen Interesses ist das Thema erneut Gegenstand eines Heftes der „Arbeitspapiere“.

Meinem Aufsatz von 1994 habe ich, im Januar 1996, ein Kapitel hinzugefügt, in dem die Haltung der osteuropäischen Staaten zur NATO und zur EU beleuchtet wird. Daß dabei einzelne Wiederholungen auftreten, wird der Leser, so hoffe ich, tolerieren.

Schließlich: Auch im Jahre 1996 sind vor Abschluß der Wahlen in der Russischen Föderation und in den USA deutliche Bewegungen in diesem Prozeß kaum zu erwarten. Wir werden uns daher zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu Wort melden müssen ...

Seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation betreiben mehrere ehemalige Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (WVO) sowie Nachfolgestaaten der Sowjetunion ihren Beitritt zur NATO. Sie sehen ihre Mitarbeit im Nordatlantischen Kooperationsrat (NAKR), der sich im Dezember 1991 konstituierte und zu dem alle diese Staaten gehören, nicht als hinreichend zur Bewältigung ihrer militärischen Sicherheitsprobleme an.

Formelle Anträge auf Mitgliedschaft in der NATO haben die Staaten der Visegrad-Gruppe (Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn) sowie Litauen gestellt. Beitrittswünsche - ohne daß offizielle Anträge vorliegen - werden ebenfalls von Rumänien, Bulgarien, Lettland und Estland geäußert. Politische Stimmen, die für eine NATO-Mitgliedschaft eintreten, gibt es auch in - vorzugsweise europäischen - Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Hervorzuheben ist, daß zwar in keinem anderen Staate, der bislang militärisch bündnisfrei war (N+N-Staaten), der Wunsch auf NATO-Mitgliedschaft laut wird, wohl aber nach Teilnahme an der „Partnerschaft für den Frieden“.

Die Haltung der NATO-Staaten zu einer Aufnahme von Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas (MSOE-Staaten) schwankte zwischen mehr oder minder deutlicher Ablehnung (Großbritannien) und deutlicher Befürwortung (Deutschland). Frankreich betonte zwar das Recht auf Aufnahme in die NATO, bevorzugte aber als Alternative zur NATO-Erweiterung die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Stabilisierung Europas, die im Rahmen der EU vorbereitet und deren Ergebnis der KSZE vorgelegt werden soll (Balladur-Initiative).

Die meisten NATO-Staaten halten eine Ausdehnung der Sicherheitsgarantien gemäß Artikel V NATO-Vertrag für unmöglich. Die USA und die Niederlande hielten jedoch Beziehungen nach Artikel IV NATO-Vertrag (Konsultationen bei Bedrohung der Unversehrtheit des Gebietes, der politischen Unabhängigkeit oder der Sicherheit) für möglich. Als äußerst riskant wird auch eine mögliche Ausdehnung der NATO auf Asien angesehen.

Sonderinteressen werden bei der Haltung der Türkei, Griechenlands und auch Portugals sichtbar, die Reduzierungen der Unterstützung, die sie von anderen NATO-Staaten erhalten, befürchten. Griechenland und die Türkei sehen zudem eine eventuelle NATO-Mitgliedschaft Bulgariens mit gemischten Gefühlen. Sonderinteressen hat schließlich die Türkei hinsichtlich der Kaukasusregion und der mittelasiatischen Staaten.

Die USA nahmen von Anfang an eine mittlere und vermittelnde Position ein, lehnten eine sofortige NATO-Aufnahme ab und schlugen für eine zeitlich nicht genau bestimmte Übergangsperiode eine „Partnerschaft für den Frieden“ (PFP - „Partnership for Peace“) vor.

Von seiten Rußlands wurde gegen alle Wünsche von MSOE-Staaten, der NATO beizutreten, entschieden protestiert, teilweise auf einem russischen Vetorecht gegen einen NATO-Beitritt dieser Staaten bestanden. Boris Jelzin bezeichnete eine Osterweiterung der NATO als einen „feindseligen Akt“ gegen Rußland, der dazu führe, daß die innere Stabilität und äußere Verlässlichkeit Rußlands weiter absinke, da hierdurch ein Anwachsen des russischen Nationalismus gefördert werde. Aufmerksam wird registriert, daß Rußland keinerlei Perspektive selbst einer in weiterer Zukunft erfolgenden NATO-Aufnahme angeboten wird.

Bemerkenswert ist auch, daß in den „Grundsätzen der Militärdoktrin der Russischen Föderation“, die am 2. November 1993 durch Boris Jelzin per Dekret Nr. 1833 in Kraft gesetzt wurde, bei der Aufzählung der „wichtigen existierenden und potentiellen Quellen einer äußeren Kriegsgefahr für die Russische Föderation“ die „Erweiterung militärischer Blöcke und Pakte auf Kosten der Interessen der militärischen Sicherheit der Russischen Föderation“ genannt wird.

Im Ergebnis des NATO-Gipfels vom 10.-11. Januar 1994 wird nun den am NAKR beteiligten Staaten sowie anderen KSZE-Ländern von der NATO für eine Übergangsperiode eine „Partnerschaft für den Frieden“, die über Dialog und Kooperation hinausgehen soll, angeboten. Diese Partnerschaft soll unter der Autorität des Nordatlantikrates stehen und „neue Sicherheitsbeziehungen zwischen der Nordatlantischen Allianz und ihren Partnern für den Frieden knüpfen“. Angeboten wird die Einladung zur Beteiligung an politischen und militärischen Gremien im NATO-Hauptquartier, die Entsendung (nach Einladung) von ständigen Verbindungsoffizieren zum NATO-Hauptquartier und zu eine separaten Partnerschaftskordinierungsstelle in Mons (Belgien). Ohne die direkte Nennung von Artikel IV NATO-Vertrag werden bei wörtlicher Wiederholung des Inhaltes dieses Artikels den Partnern entsprechende Konsultationen (siehe oben) angeboten. Ab 1994 werden „zur Förderung engerer militärischer Zusammenarbeit und gegenseitiger Operationsfähigkeit“ gemeinsame militärische Übungen vorgeschlagen.. Eine NATO-Erweiterung im Osten wird begrüßt. Für diesen „evolutionären Prozeß“ werden keine Zeiträume oder bevorzugte Staaten angegeben. In der „Einladung“ und in dem von den Kandidaten zu unterzeichnenden „Rahmendokument“ wird unter „Sicherheit“ prinzipiell „militärische Sicherheit“ verstanden. Sowohl EU als auch WEU werden nicht direkt erwähnt.

Wie begründen eigentlich die oben genannten Staaten ihren Wunsch auf Aufnahme in die NATO? Es werden folgende Hauptgründe genannt:

1. Es bestehe eine militärische Bedrohung von seiten Rußlands, weshalb eine militärische Sicherheitsgarantie der NATO, einschließlich einer amerikanischen Nukleargarantie, erforderlich sei. Hierbei wird auf die militärischen Kapazitäten, insbesondere den Kernwaffenbesitz, und den großrussischen Nationalismus verwiesen. Das letztere Argument tritt seit dem Wahlerfolg der rechtsextremen russischen Nationalisten (Shirinowski) verstärkt auf.
2. Die NATO-Mitgliedschaft sei für die innere Stabilität und Sicherheit der Staaten erforderlich. Dies sei sogar bedeutsamer als ein militärischer Schild gegen Rußland. Insbesondere sei die NATO-Mitgliedschaft notwendig, um die Nationalisten im eigenen Land niederzuhalten. (Siehe ‘Time International’ vom 10. Januar 1994, S. 20-21). In der NATO-Zugehörigkeit wird zudem ein Weg gesehen, der die Aufnahme in die EU beschleunigen könnte.
3. Nach Wegfall der Ost-West-Konfrontation, der Auflösung der WVO und des RGW befänden sich alle ehemaligen WVO-Staaten in einem allgemeinen Sicherheitsvakuum. Dieses sei als solches gefährlich und geopolitisch riskant. Es könne aber nur durch eine NATO-Mitgliedschaft aufgefüllt werden, da ein erneuter Anschluß an Rußland nicht in Frage kommt. Der Versuch einer Bildung regionaler Bündnissysteme sei weitgehend geschei-

tert, und die KSZE wie auch die UNO seien im Falle militärischer Auseinandersetzungen (siehe Jugoslawien) nicht hinreichend effektiv. Abgelehnt wird durchweg ein paktfreier oder/und neutraler Status, der um 1989/90 noch von Reformkräften in einigen dieser Länder als Ziel genannt wurde.

Zu den Wünschen von MSOE-Staaten auf Aufnahme in die NATO und den Begründungen hierfür, zur Haltung der Mitgliedstaaten der NATO und Rußlands zu einer Osterweiterung der NATO sowie zur „Partnerschaft für den Frieden“ ist meines Erachtens insbesondere folgendes zu bemerken:

1. Alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion und alle MSOE-Staaten haben eine Fülle von Problemen. Eine Reihe dieser Probleme und ihre Vernetzung (Synergieeffekt) berühren die innere und äußere Sicherheit dieser Staaten. Bei den Sicherheitsrisiken in allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den MSOE-Staaten sowie für sie handelt es sich primär um ökonomische, soziale, ökologische, politische, ethnisch-nationale, religiöse und geistig-kulturelle Probleme. Diese Sicherheitsprobleme sind so keineswegs vorrangig militärischer Natur. Ihnen kann durch militärische Sicherheitsvorsorge nicht begegnet werden, und sie können mit militärischen Mitteln weder gemildert noch gar gelöst werden.

NATO und WEU sind internationale Organisationen, die auf gemeinsame politisch-militärische Reaktionen der Mitgliedstaaten in Krisensituationen zugeschnitten sind. Für die Regelung innerstaatlicher ökonomischer, sozialer, ökologischer usw. Probleme fehlen sowohl der NATO als auch der WEU jegliche Instrumente. Als politisch-militärische Bündnissysteme sind NATO und WEU auch ungeeignet, um zwischenstaatliche Probleme der genannten Art zu regeln. Hier kann auch die nun angebotene „Partnerschaft für den Frieden“ kaum etwas leisten, da sie in erster Linie auf die militärische Zusammenarbeit in Vorbereitung auf eine möglicherweise später erfolgende Aufnahme in die NATO orientiert ist.

Zur Regelung oder Milderung der genannten Probleme sind die UNO, die KSZE sowie auch die EU und der Europarat bei weitem geeigneter. Wenn in diesem Zusammenhang auf die fehlende militärische Kompetenz dieser Organisationen oder einiger von ihnen hingewiesen wird, so besteht gerade darin ihr Vorzug. Alle diese Organisationen sind, was stets zu beachten ist, von der Bereitschaft ihrer Mitgliedstaaten zu wirksamen praktischen Maßnahmen abhängig.

2. Im Interesse des Friedens in Europa und in der Welt muß zweifellos alles getan werden, um zu verhindern, daß aus den genannten und anderen Problemen Konflikte erwachsen, die zu militärischen Auseinandersetzungen (Kriegen) eskalieren.

Weder NATO noch WEU noch „Partnerschaft für den Frieden“ können jedoch hinreichend Konfliktprävention und Konfliktmediation gewährleisten. Sie sind auch keine Organe friedlicher Streitbeilegung. Dies gilt selbst gegenüber den eigenen Mitgliedstaaten. Unverkennbar haben NATO und WEU zur Festigung der Beziehungen zwischen ihren Mitgliedstaaten beigetragen - aber eben nur bis zu einem gewissen Grade und auf bestimmten Gebieten. Sogar in der Zeit der zugespitzten Ost-West-Konfrontation, in der das Vorhandensein des Gegners den Ausschluß von Konflikten zwischen den NATO-Staaten hätte erwarten lassen, bewiesen zum Beispiel der Zypernkonflikt und der isländische Fischereistreit, daß die NATO über keinen wirksamen Streitschlichtungsmechanismus bei Konflikten zwischen ihren Mitgliedstaaten verfügt.

Gesamteuropäisch würde zudem die NATO kaum, denn es ist nicht erkennbar, daß eine NATO-Mitgliedschaft aller Nachfolgestaaten der Sowjetunion und/oder aller Nachfolgestaaten Jugoslawiens auch nur in Erwägung gezogen würde. Was die „Partnerschaft für den Frieden“ betrifft, so ist ein Beitritt von N+N-Staaten Europas im Hinblick auf ihren Neutralitätsstatus (militärische Zusammenarbeit!) rechtlich problematisch. Alle genannten Staaten sind aber Mitglieder der UNO und Mitglieder der KSZE.

Man kann über die Effektivität von UNO und KSZE, die Notwendigkeit von Reformen und den weiteren Ausbau ihrer verschiedenen Organe gewiß streiten. Organe zur friedlichen Streitbeilegung sind sie aber zweifellos. Die KSZE besitzt mit ihrem Entscheidungsmechanismus (Konsens minus 1, in Zukunft wahrscheinlich Mehrheitsentscheidungen) sogar beträchtliche Vorzüge. Schließlich ist die KSZE gesamteuropäisch plus USA und Kanada, ja noch mehr, sie schließt auch die kaukasischen und asiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie den asiatischen Teil des Territoriums Rußlands ein.

Sollten die UNO oder/und die KSZE nach weitgehender politischer Regulierung eines Konfliktes einen Einsatz von Streitkräftekontingenten zum Auseinanderhalten der Konfliktparteien für unumgänglich halten, so können dazu einzelne Staaten oder auch die NATO oder die WEU aufgefordert werden. Was immer man von peace-keeping (Blauhelme) halten mag - eine NATO-Mitgliedschaft ist dazu nicht erforderlich.

3. In einer Reihe von beitriftswilligen Staaten scheinen auch Illusionen über die Sicherheitsgarantien der NATO nach Artikel V NATO-Vertrag und die amerikanische Nukleargarantie zu bestehen. Über die Verwirklichung der amerikanischen Nukleargarantie entscheidet ausschließlich der Präsident der USA, und er entscheidet darüber nach den amerikanischen Interessen. Im Unterschied zu Artikel V WEU-Vertrag (automatische Beistandspflicht im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen einen Mitgliedstaat) erfolgt in der

NATO entsprechend NATO-Vertrag jede Vertragsdurchführung grundsätzlich nach Maßgabe des Verfassungsrechtes des jeweiligen Mitgliedstaates.

Der Erfüllung einer Vertragspflicht ist stets die nationale Entscheidung des Mitgliedstaates darüber vorgeschaltet, was er unternehmen will. Die NATO hat keine Möglichkeit zum Durchgriff in die Bereiche der staatlichen Hoheitsgewalt.

Die NATO ist kein kollektives Sicherheitssystem, sondern ein Bündnis zur kollektiven Verteidigung. Die entscheidenden Mittel der NATO zur Reaktion auf Krisensituationen sind die militärische Macht ihrer Mitglieder, die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt. Setzt man auf die NATO-Mitgliedschaft zur Prävention, Regulierung und Beilegung von Konflikten, so bevorzugt man von vornherein militärische Mittel, eine zumindest militärisch abgestützte Politik und leistet damit der Militarisierung von Konflikten Vorschub. Nun läßt sich nicht völlig ausschließen, daß in bestimmten Situationen militärische Mittel, z. B. zur Verteidigung gegen einen Aggressor, unvermeidlich werden können. Es gibt jedoch keine wirkliche Lösung von Konflikten durch militärische Gewalt - es sei denn, man sähe die physische Beseitigung der Konfliktparteien als Konfliktlösung an. Der Beitritt zur NATO ist jedenfalls kein Weg zur Zivilisierung der Konflikte in Europa.

4. Während die KSZE (wie auch die UNO) eine Sicherheitsorganisation ist, die nicht auf eine Gegenseite fixiert ist, gilt dies für die NATO und die WEU nicht. Politisch-militärische Bündnissysteme funktionieren auf Dauer immer nur dann, wenn sie auf eine Gegenseite gerichtet sind. Dies muß nicht Krieg bedeuten, bedeutet aber immer den Versuch, widerstreitende Interessen in einem bestimmten Raum machtpolitisch - unter Nutzung militärischer Macht - auszubalancieren. Solche Unternehmungen und die Eigendynamik ihrer Entwicklung sind stets risikoreich.

Es muß deshalb große Bedenken hervorrufen, wenn der Wunsch, der NATO beizutreten, antirussisch, mit einer Bedrohung von seiten Rußlands begründet wird. Von polnischer oder tschechischer Seite wird dies zwar öfters verbal bestritten, symptomatisch war aber in dieser Hinsicht z. B. die Äußerung des Botschafters der Tschechischen Republik in Deutschland im Sonntagsinterview des Deutschlandfunks am 9. Januar 1994, in dem er erklärte, daß die NATO überflüssig würde, wenn Rußland ein normaler demokratischer Staat würde, was jedoch nicht abzusehen sei.

Trotz einer Vielzahl von Problemen ist und bleibt Rußland eine regionale Großmacht, die über eine große relative militärische Stärke, einschließlich Kernwaffen, verfügt. Dennoch geht von Rußland gegenwärtig und in absehbarer Zeit keine unmittelbare militärische Bedrohung für ost-, mittel- und

westeuropäische Staaten aus, die man mit militärischer Macht abschrecken oder mit militärischer Gewalt abwenden könnte. Dies gilt auch für die Staaten der Visegrad-Gruppe und selbst für die militärisch schwachen baltischen Staaten.

Trotz einzelner aggressiver Stimmen (Shirinowski) ist Rußland weder aggressiv noch aggressionsfähig.

Die Bewertung Rußlands als eine militärische Bedrohung trägt viele Züge des „alten Denkens“ aus der Zeit der Blockkonfrontation. Umgekehrt gilt dies auch für das russische Syndrom einer Einkreisung vom Westen durch die NATO und vom Süden durch islamische Staaten. Die wirklichen Probleme werden weder durch eine Osterweiterung der NATO noch durch einen großrussischen Nationalismus gelöst.

Polen, Tschechen, Litauer und Esten, die sich in diesem Zusammenhang gern auf „historische Erfahrungen“ berufen, sollten zudem aus eben diesen Erfahrungen sehr genau wissen, daß Sicherheitsgarantien durch raumfremde Mächte für sie immer recht problematisch waren. Der Versuch, eine neue militärische Bruchlinie gegenüber Rußland zu schaffen und Rußland durch das Heranschieben von Sicherheitsgarantien an die russischen Grenzen sicherheitspolitisch zu isolieren, erhöht tendenziell eher die Wahrscheinlichkeit, daß in Zukunft von Rußland tatsächlich Gefahren ausgehen. Ebenso muß ein Anwachsen des großrussischen Nationalismus von den Nachbarstaaten als bedrohlich empfunden werden, selbst dann, wenn ihm nur eigener Nationalismus entgegenstehen sollte.

Rußland und die anderen MSOE-Staaten müssen ihre ökonomischen, ökologischen, sozialen und anderen Probleme überwinden. Dies wird ein längerer Prozeß sein, in dem alle diese Staaten auch ausländische Hilfe benötigen. Die Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme Rußlands bedeutet aber - so paradox es klingt - keine Klärung der oben genannten Fragen. Würde denn ein ökonomisch starkes Rußland von vornherein als annehmbarer empfunden? Die Hauptprobleme sind politischer Natur.

So muß Rußland seine politische Rolle in Europa und in aller Welt neu bestimmen und lernen, mit einer Vielzahl neuer und alter Nachbarn gleichberechtigt friedlich im Raum zusammenzuleben. Unterschiede in der Größe des Territoriums, der Bevölkerungszahl usw. wird es immer geben.

Die politischen Forderungen, die in diesem Zusammenhang zu erheben sind, richten sich natürlich ganz besonders an den großen Staat, da sein Nationalismus deshalb gefährlich ist, weil ihm zu seiner machtpolitischen Verwirklichung nach außen unvergleichlich größere Mittel zur Verfügung stehen. Für den Nationalismus kleiner oder mittlerer Staaten kann dies zwar ein Motiv sein, aber keine Rechtfertigung. Die Lösung oder zumindest Milderung der ökonomischen, sozialen, ökologischen usw. Probleme Rußlands und seiner

Nachbarn kann den Aufbau friedlicher, gleichberechtigter Beziehungen der Staaten der Region fördern, er beruht jedoch nicht in direkter Kausalität darauf.

UNO und KSZE (OSZE) sind die geeignetsten Organisationen, die dazu beitragen können, die Probleme friedlich, demokratisch, unter Beachtung und bei Ausgleich der Interessen aller Beteiligten zu lösen. Eine Osterweiterung der NATO ist hingegen kein Beitrag zur Bereinigung der genannten und anderer Unwägbarkeiten. In dieser Hinsicht ist das Angebot einer „Partnerschaft für den Frieden“ unter Einbeziehung Rußlands und aller Nachfolgestaaten der Sowjetunion konstruktiver.

Das Positivste besteht dabei darin, daß das Angebot keinen MSOE-Staat und keinen Nachfolgestaat der Sowjetunion ausschließt. Das Kritikwürdigste an diesem Angebot ist seine Konzentration auf die militärische Zusammenarbeit. So packt man die tatsächlich bestehenden Probleme genau von der falschen - der militärischen - Seite an. Wäre die militärische Zusammenarbeit ein subsidiärer Teilaspekt eines weiteren Ausbaus der KSZE, so gäbe es schon positive Momente. Die militärische Zusammenarbeit könnte dann nämlich dazu beitragen, eine Renationalisierung der Sicherheitspolitik in den einbezogenen Staaten zu verhindern.

Sie könnte die vorhandenen militärischen Potentiale einbinden und eine Barriere gegen das Freischweben militärischer Potentiale oder auch gegen ihren Übergang in die Hände von Desperados sein.

Die militärische Zusammenarbeit könnte auch zu einer entschiedenen Fortsetzung des Abrüstungsprozesses beitragen. Dem steht jedoch entgegen, daß diese Zusammenarbeit die NATO-Kompatibilität, das operative Zusammenwirken und eine mögliche spätere Aufnahme in die NATO gewährleisten soll. Eine NATO-Kompatibilität würde ja nur dann einen Sinn machen, wenn man einen späteren gemeinsamen massiven Einsatz der Streitkräfte aller Staaten, die der „Partnerschaft für den Frieden“ angehören, im Auge hat.

Aktuell ist zu befürchten, daß die Forderung nach NATO-Kompatibilität einen Rüstungsprozeß auslöst (Umrüstung ist auch Aufrüstung), der der angeschlagenen Rüstungsindustrie in den NATO-Staaten beträchtliche Gewinne bringt. Zum Trost könnten dann auch gewisse Gewinne für die tschechische, polnische, slowakische Rüstungsindustrie abfallen. Jedenfalls würde die Konversion gestoppt und damit auch der Beitrag dieser Industriebetriebe zur Lösung der zivilen ökonomischen Probleme ihrer Länder.

(März 1994)

Die Haltung der osteuropäischen Staaten zur Osterweiterung der NATO und der EU

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind alle mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten (MSOE-Staaten), die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages waren, sowie alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion (mit Ausnahme Tadschikistans) Teilnehmer der „Partnerschaft für den Frieden“, jenes „Fegefeuers“ vor ihrer Aufnahme in die NATO, das im Ergebnis des NATO-Gipfels vom 10. bis 11. Januar 1994 begründet wurde.

Das Rahmendokument „Partnerschaft für den Frieden“ haben unterzeichnet (geordnet nach Unterzeichnungsdatum):

Rumänien	26. 01. 1994	Slowenien	30. 03. 1994
Litauen	27. 01. 1994	Aserbajdschan	04. 05. 1994
Polen	02. 02. 1994	Schweden	09. 05. 1994
Estland	03. 02. 1994	Finnland	09. 05. 1994
Ungarn	08. 02. 1994	Turkmenistan	10. 05. 1994
Ukraine	08. 02. 1994	Kasachstan	27. 05. 1994
Slowakei	09. 02. 1994	Kirgistan	01. 06. 1994
Bulgarien	14. 02. 1994	Rußland	22. 06. 1994
Lettland	14. 02. 1994	Usbekistan	13. 07. 1994
Albanien	23. 02. 1994	Armenien	05. 10. 1994
Tschech. Republik	10. 03. 1994	Belarus	11. 01. 1995
Moldawa	16. 03. 1994	Österreich	10. 02. 1995.
Georgien	23. 03. 1994		

Damit dürfte dieser Unterzeichnungsprozeß, der ja auch die Bereitschaft bedeutet, Mitglied der NATO zu werden, im wesentlichen abgeschlossen sein. Hervorzuheben ist, daß vier dieser Staaten - Rußland, Ukraine, Finnland und Schweden - Truppenkontingente für die IFOR (Implementation Force) unter NATO-Befehl in Bosnien-Herzegowina stellen (bei einer Sonderregelung des Befehlsstranges für die russischen Truppen). Weitere vier Staaten - Malaysia, Bangladesch, Pakistan und Ägypten - haben ihre Bereitschaft erklärt, die Truppen, die sie bislang der UNO für Bosnien-Herzegowina im Rahmen der UNPROFOR zur Verfügung gestellt hatten, nunmehr unter das Kommando der NATO zu stellen.

Unter den oben genannten Staaten sind vier, die bislang zu den N+N-Staaten gehörten (Slowenien, Schweden, Finnland und Österreich). Während man darüber streiten kann, ob der Neutralitätsstatus durch eine Teilnahme an der „Partnerschaft für den Frieden“ verletzt wird, wäre er bei einem Beitritt zur NATO völkerrechtlich gewiß nicht mehr gegeben.

Ein einziger der oben genannten Staaten - Rußland (d.h. die Russische Föderation) - tritt offiziell gegen die Osterweiterung der NATO auf. Bei diesem Widerstand ist allerdings zu beachten, daß er sich nur gegen eine solche Osterweiterung richtet, die Rußland nicht einbezieht, nicht jedoch gegen eine NATO-Aufnahme Rußland (die allerdings gegenwärtig und in absehbarer Zeit niemand beabsichtigt). Der Widerstand Rußlands gegen die Osterweiterung der NATO führt allerdings in der Regel zu einer Verstärkung der Beitrittswünsche in den anderen MSOE-Staaten.

In allen genannten MSOE-Staaten gibt es, unterschiedlich motiviert, politische Stimmen gegen einen NATO-Beitritt. Nur in Ausnahmefällen handelt es sich dabei jedoch um namhafte politische Bewegungen. Eine derartige Ausnahme ist der Linke Block (Mlynar) in der Tschechischen Republik. Die Scheidelinie zwischen NATO-Gegnern und NATO-Befürwortern verläuft auch nicht nach dem „Links-Rechts-Muster“. So treten z. B. die polnischen Sozialdemokraten (Kwasniewski) für die Aufnahme Polens in die NATO ein, vertreten aber die Auffassung, daß dem die Aufnahme Polens in die EU vorausgehen sollte. NATO-Gegner gibt es aber auch bei rechtsextremistischen nationalistischen Gruppierungen.

Zu beachten ist, daß es in allen MSOE-Staaten und in den Nachfolgestaaten der UdSSR in Kreisen existenzverunsicherter Angehöriger (auch ehemaliger) der Streitkräfte und der (noch oder ehemals) Beschäftigten der Rüstungsindustrie und Rüstungsforschung eine Lobby für den NATO-Beitritt des eigenen Staates gibt. Hiervon können (insbesondere in einigen Regionen) relativ große Bevölkerungsgruppen betroffen sein. Hier sind realistische Angebote in den verschiedensten Bereichen der Konversion gefragt.

Generell läßt sich sagen, daß alle, die für einen NATO-Beitritt eintreten, auch für eine Aufnahme in die EU sind. Das sozial-ökonomische Motiv für einen NATO-Beitritt ist mithin stark, denn im NATO-Beitritt wird der Eintrittsbeitrag für die EU, die entscheidende Förderung der Aufnahme in die EU gesehen. Umgekehrt sind keine maßgeblichen Stimmen bekannt, die sich für eine EU-Aufnahme, aber gegen einen NATO-Beitritt aussprechen. Schließlich ließen sich auch die Kriterien für eine Aufnahme in die NATO (wie parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte; NATO-Kompatibilität ihrer Bewaffnung, Ausrüstung und Ausbildung; Beteiligung an NATO-Einsätzen usw.) vergleichsweise leichter erfüllen als die ökonomischen Kriterien für eine Aufnahme in die EU. (Man überlege nur, daß ja - zumindest tendenziell - auch die Kriterien für eine Teilnahme an der europäischen Währungsunion erfüllbar sein müßten, womit bekanntlich selbst „altgediente“ EU-Mitgliedsstaaten so ihre Schwierigkeiten haben.)

Noch wichtiger ist aber die Frage, was ein EU-Beitritt den MSOE-Staaten und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion eigentlich ökonomisch und sozial

bringen könnte. Bei Gesprächen in diesen Ländern zeigten sich immer wieder viele Illusionen, als handele es sich beim EU-Beitritt um den Einlaß in einen Selbstbedienungsladen, der alle Bedürfnisse befriedigt. Unbestritten könnten die MSOE-Staaten und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion ein Absatzmarkt für Produkte aus EU-Ländern sein; die Nachfrage bestünde, ob es sich dabei um eine kaufkräftige Nachfrage handelt, ist allerdings schon zweifelhaft.

Mit welchen Waren könnten schließlich diese Länder konkurrenzfähig auf dem EU-Markt auftreten?

Mit Rohstoffen? Diese Möglichkeit hätten erstens nur einige Länder, und zweitens würde dies eine Außenhandelsstruktur wie Kolonie - Mutterland bedeuten.

Mit Agrarprodukten? Unter den heutigen Bedingungen des Agrarmarktes würde dies in der EU - auch in Deutschland - einen Proteststurm hervorrufen.

Oder mit technischen Konsumgütern? Einige Länder wie Ungarn, die Tschechische Republik, die baltischen Republiken hätten solche Möglichkeiten; ihre Mitbewerber auf dem Markt wären dann allerdings die kleinen 'asiatischen Tiger'.

Insgesamt scheint diese Lage ziemlich verfahren zu sein. Möglich ist auch die Verlagerung von arbeits- und damit lohnkostenintensiver Produktion aus der EU in MSOE-Staaten und in Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Welche Folgen hat dies jedoch für die einheimische Wirtschaft? In der Tschechischen Republik hörte ich dann wiederholt die Antwort, daß man zur Sicherung eben einen „Schutz-Nationalismus“ brauche.

Was die allgemeine Heilserwartung im Gefolge eines EU-Beitritts betrifft, so wären, meiner Meinung nach, dringend ökonomische (binnen- und außenwirtschaftliche) Expertisen nötig, in denen sachlich die Folgen (positive und negative) eines EU-Beitritts der betreffenden Länder analysiert werden.

Derartige Expertisen könnten auch von außen angeregt werden, sollten aber in jedem Fall von Autoren aus den betroffenen Ländern selbst stammen. Viele Diskussionen zeigen, daß man es hier oft mit geradezu irrationalen „Befindlichkeiten“ zu tun hat, so mit dem Gefühl, vor der Tür eines paradiesischen Klubs zu stehen, in den man nicht eingelassen wird.

Das erhoffte Junktim - 'wenn wir NATO-Mitglieder werden, so erhalten wir auch Zutritt zur EU' - könnte sich allerdings als Trugschluß erweisen.

Erstens sind die USA als Führungsmacht der NATO und auch Kanada keine EU-Mitglieder, und ihr Interesse an einer Stärkung des Konkurrenten EU ist arg begrenzt.

Zweitens sollte das Beispiel des „alten“ NATO-Mitglieds Türkei darauf hinweisen, daß die NATO-Mitgliedschaft keine Garantie für eine Vollmitgliedschaft in der EU bedeutet. Sicher gibt es im Fall der Türkei eine Reihe von spezifischen Problemen. (So spielt das „christliche Abendland“ in manchen Hinterköpfen noch eine Rolle.) Das Problem der Freizügigkeit von

Arbeitskräften innerhalb der EU mit nachfolgendem Lohn- und Sozialdumping würde aber auch im Fall der meisten MSOE-Staaten einen Widerstand (und zwar bis hin zu den Gewerkschaften) in westeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU hervorrufen.

Die „Demokratie-Barriere“ kann hingegen kaum als ein ernsthaftes Argument gegen eine NATO- (und auch EU-)Aufnahme angesehen werden. Wenn es um machtpolitische Zielsetzungen ging, war die NATO, wie die Beispiele Portugal unter Salazar, Griechenland unter den „schwarzen Obristen“ oder Türkei zeigen, nie sonderlich demokratiepingelig.

Während noch 1994/95 der Weg über die WEU als Weg zur Osterweiterung der NATO (insbesondere in Frankreich, Benelux und auch in Großbritannien) diskutiert wurde, ist es nunmehr darum merklich ruhiger geworden. Es ist aber nicht völlig auszuschließen, daß die Tschechische Republik (mit welchen Erfolgsaussichten ist fraglich) versuchen könnte, diesen Weg zu gehen.

Von seiten der Westeuropäischen Union gab es auf der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung Ende 1995 mit dem Vorschlag, „ständige baltische Seestreitkräfte“, ein sogenanntes „Hansekorps“ unter Beteiligung von Deutschland, Dänemark, Polen, Lettland, Litauen und Estland zu schaffen, einen Versuch zur Errichtung eines neuen Militärbündnisses, der sofort als „zwangsläufig klar gegen Rußland gerichtet“ (Grigori Karassin, Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums am 22.12.1995) auf russisches „Befremden“ stieß. Anfang 1996 ist ein Meinungs austausch zwischen Rußland und der WEU über „regionale Aspekte der Sicherheit“ beabsichtigt.

Neben der „sozialökonomischen Motivation“ (EU-Mitgliedschaft durch NATO-Beitritt) ist nach wie vor „die militärische Bedrohung durch Rußland“ Hauptargument für einen NATO-Beitritt. Am verbreitetsten ist dieses Argument in Polen, Litauen, Lettland, Estland (wobei auch traditionelle Russophobie eine Rolle spielt, die in Zeiten des kalten Krieges von seiten der USA kräftig gefördert wurde), aber auch in der Tschechischen Republik. Als mögliches „Gegengewicht“ spielen panslawische Argumente (außer partiell in Bulgarien) kaum eine Rolle.

Die „russische militärische Bedrohung“ ist die Hauptbegründung für die Forderung nach der militärischen Sicherheitsgarantie nach Artikel V NATO-Vertrag und dem US-amerikanischen „Nuklearschirm“. Offen gelassen wird zumeist, ob auch eine Stationierung ausländischer NATO-Streitkräfte, von Kernwaffeneinsatzmitteln und von Kernwaffen der NATO auf dem eigenen Territorium angestrebt wird. Eine Rücksichtnahme auf russische Sicherheitsinteressen und russische „psychische Befindlichkeiten“ wird insbesondere in den baltischen

Staaten, in Polen und auch in der Tschechischen Republik eher mit Unverständnis quittiert.

Gegenwärtig zeichnet sich in MSOE-Staaten bei der Stellung zur NATO und zur EU ein eigenartiger Spagat ab:

Hilfe bei der Lösung der sozialökonomischen Probleme wird vorrangig von der EU, namentlich von Deutschland erwartet. Hinsichtlich der „militärischen Sicherheit“ wird den EU-Staaten, auch nach den Erfahrungen in Jugoslawien, keine wirkliche Leistungsfähigkeit zugetraut. (Eine gewisse Ausnahme bilden Meinungen über Frankreich und Großbritannien.) Die Lösung „militärischer Sicherheitsprobleme“, was immer man darunter verstehen mag, wird hingegen nahezu ausschließlich von den USA erwartet. Diese Haltung ist in den USA, obgleich sie als risikoreich bewertet wird, nicht unwillkommen, wird doch hierin die Anerkennung der „Leading position“ der USA gesehen. Der NATO-Beitritt gilt nun in den MSOE-Staaten als der zweckmäßigste Weg, um weniger die westeuropäischen NATO-Staaten als die USA zur Lösung der eigenen „militärischen Sicherheitsprobleme“ heranzuziehen, da auf bilaterale Abkommen mit den USA wegen deren vorsichtiger Haltung gegenüber Rußland nicht gesetzt wird.

Je nach Ablauf der Ereignisse in Bosnien-Herzegowina (IFOR-Einsatz) könnte sich diese Auffassung in MSOE-Staaten verstärken oder abschwächen. Schwächt sich die Akzeptanz der Militärmacht USA ab, so wäre auch nicht völlig auszuschließen, daß die USA die OSZE als Instrument zur Sicherung des US-amerikanischen Einflusses in MSOE-Staaten und in Nachfolgestaaten der Sowjetunion „entdecken“ könnten.

Generell ist meiner Meinung nach das „Bedrohungsargument“ immer wieder kritisch zu analysieren. Gegenwärtig und in absehbarer Zeit geht allerdings meines Erachtens für die MSOE-Staaten von Rußland keine unmittelbare Bedrohung aus, die man mit militärischer Macht abschrecken oder mit militärischer Gewalt abwenden könnte. Ein NATO-Beitritt von MSOE-Staaten könnte da eher kontraproduktiv wirken. Dies gilt auch für die Staaten der Visegrad-Gruppe und selbst für die militärisch schwachen baltischen Staaten. Ein russischer Militäreinsatz gegen Polen, Rumänien, die Slowakei und die Tschechische Republik wäre zudem ohne die (durchaus unwahrscheinliche) Einbeziehung der Ukraine, von Belarus und Moldawa auf russischer Seite faktisch unmöglich. Nicht von der Hand zu weisen ist jedoch, daß die russische Politik viel tun kann, um Bedrohungsängste in MSOE-Staaten, mögen sie noch so unbegründet sein, abzubauen. Dazu gehört auch das russische Verhalten in völlig anderen Regionen (Tschetschenien).

Es erscheint angebracht, in diesem Zusammenhang frühere Bemerkungen über die Sicherheitsgarantien der NATO nach Artikel V NATO-Vertrag und über die

US-amerikanische Nukleargarantie zu wiederholen: Über die Verwirklichung der amerikanischen Nukleargarantie entscheidet ausschließlich der Präsident der USA, und er entscheidet darüber nach den nationalen amerikanischen Interessen. Was die NATO-Sicherheitsgarantie betrifft, so bestimmt - im Unterschied zu Artikel V WEU-Vertrag (automatische Beistandspflicht im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen einen Mitgliedsstaat) - nach Artikel V NATO-Vertrag jeder NATO-Mitgliedsstaat, auch nach Maßgabe seines eigenen Verfassungsrechtes, selbst, was er unternehmen will. Die NATO hat keine Möglichkeit zum Durchgriff in die Bereiche der staatlichen Hoheitsgewalt der Mitgliedsstaaten. Selbst bei einer militärischen Aggression gegen einen Mitgliedsstaat der NATO könnten so andere NATO-Staaten mit Konsultationen nach Artikel IV NATO-Vertrag, Anrufung des UN-Sicherheitsrates, Protestnote an den Aggressor und Beileidstelegramm an das Aggressionsopfer - um es zugespitzt zu formulieren - ihrer Beistandspflicht Genüge tun.

Die NATO ist kein kollektives Sicherheitssystem, sondern ein politisch-militärisches Bündnis zur kollektiven Verteidigung. Hierauf wäre immer wieder hinzuweisen. Ein solches Bündnis braucht für seine „Corporate identity“ einen Gegner, von dem eine militärische Bedrohung ausgeht. Käme es nun zu einer generellen Aufnahme aller MSOE-Staaten und Nachfolgestaaten der Sowjetunion in die NATO, so entstünden für die NATO selbst beträchtliche Probleme, bis hin zu einer offenen Existenzkrise.

Man kann heute darüber reden, daß man Rußland kein Veto-Recht bei NATO-Entscheidungen zubilligen will, wie immer man will. Bei wichtigen Entscheidungen gilt aber innerhalb der NATO das Konsensprinzip, womit de facto eine Art Veto-Recht der Mitgliedsstaaten für sich selbst gegeben ist. Bei einer Osterweiterung der NATO ohne und gegen Rußland könnte jedoch gerade die Bedrohung, die einzudämmen man vorgibt, gefördert werden.

Bei einer Osterweiterung der NATO wäre auch mit einer Zunahme von Konflikten zwischen NATO-Mitgliedsstaaten zu rechnen. Zu deren Regelung ist jedoch die NATO völlig ungeeignet, sie ist kein Instrument friedlicher Streitbeilegung. Schließlich hat die NATO in ihrer Geschichte bewiesen, daß sie bei Konflikten zwischen ihren Mitgliedsstaaten (Zypernkonflikt, isländischer Fischereistreit) über keinen wirksamen Streitschlichtungsmechanismus verfügt.

Das Hauptproblem einer Osterweiterung der NATO besteht aber meines Erachtens darin, daß die entscheidenden Mittel der NATO zur Reaktion auf Krisensituationen die militärische Macht ihrer Mitglieder, die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt sind. Jede Krise, die in die Hände der NATO gerät, wird damit militarisiert. Setzt man auf die NATO-Mitgliedschaft zur Prävention, Regulierung und Beilegung von Konflikten, so bevorzugt man von vornherein militärische Mittel, eine zumindest

militärisch abgestützte Politik und leistet damit der Militarisierung von Konflikten Vorschub.

Es gibt jedoch keine wirkliche Konfliktlösung durch militärische Gewalt, es sei denn, man sähe die physische Beseitigung der Konfliktparteien als Konfliktlösung an. Jedenfalls ist die Osterweiterung der NATO kein Weg zur Zivilisierung der Konflikte in Europa und seinen Randgebieten.

Nach Lage der Dinge ist mit Entscheidungen über eine Osterweiterung der NATO und über die Art und Weise der Sicherheitsgarantien für die neuen Mitglieder frühestens nach den Wahlen in Rußland und in den USA zu rechnen.

Januar 1996

Autor:

Erich H o c k e
Prof. Dr. sc. phil., Oberst a. D.
Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.
Florian-Geyer-Straße 38
01307 D r e s d e n

Dietrich von der P l a n i t z

Die neue NATO.

Entwicklung der Allianz seit 1990. Tendenzen für die nahe Zukunft

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes 1990 wurde nicht selten die Auffassung vertreten, die NATO sei überflüssig geworden, weil sie ihren Auftrag erfüllt hat. Angesichts der Zustände in einigen Zonen des sowjetischen Nachlasses sind diese Stimmen heute leiser geworden, fast verstummt. Andere forderten gerade wegen der erhöhten regionalen Krisengefahr eine Ausweitung der Aufgaben der NATO zu einer Art Polizeitruppe der Vereinten Nationen. Das scheint nach den Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien ebenso unrealistisch zu sein. Aber zweifellos liegt seitdem die Frage unbeantwortet auf dem Tisch der nordatlantischen Gemeinschaft: **Welches ist die künftige Rolle der NATO ?**

So wie sich Deutschland - zunächst dramatisch in wenigen Wochen und seitdem, fast möchte man sagen 'schleichend', aber doch in der Rückschau deutlich erkennbar - verändert und damit noch lange nicht am Ende angelangt ist, formiert sich auch das größte und erfolgreichste Bündnis der Moderne kontinuierlich neu. Das Ganze ist ein überaus komplizierter und vielschichtiger Prozeß ineinandergreifender und sich wechselseitig beeinflussender Entwicklungen. Hier soll versucht werden, durch das Dickicht drei Schneisen zu schlagen, um damit etwas mehr Licht hineinzulassen. Da sich die Linien mehrfach kreuzen, wird man einzelne Parameter der Entwicklung auf allen dreien antreffen.

- Zunächst ist das neue strategische Konzept des Bündnisses von 1991 darzustellen.
- Anschließend sind die Rahmenbedingungen zu betrachten, um daraus abzuleiten, welche Einflüsse seit 1991 wirksam waren.
- Der dritte Teil enthält einen Ausblick auf mögliche Tendenzen in der nahen Zukunft.

Zuvor soll das Wesen des atlantischen Bündnisses NATO kurz an einem Modell beschrieben werden.

Man kann sich die NATO als eine an zwei Seiten offene Markthalle mit Dach vorstellen. Das Fundament bilden die 16 souveränen Staaten der Allianz. Das Dach wird durch die beiden Seitenwände getragen:

Eine Wand symbolisiert das Prinzip der Entscheidungsfindung: das Konsensprinzip. Das heißt, die NATO kann nichts beschließen, dem nicht alle seine Mitgliedstaaten zustimmen, oder: es muß solange verhandelt werden, bis ein Konsens erreicht ist.

Die andere Wand symbolisiert das alte und am wenigsten umstrittene gemeinsame Ziel: Entschlossenheit, sich gegen einen Angreifer gemeinsam verteidigen zu wollen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es keine automatische Verpflichtung zum „Mitmachen“ gibt, sondern jedes Land muß den Verteidigungsfall per Parlament erklären.

Die Streitkräfte der Verbündeten repräsentieren das Dach der Markthalle. Darinnen werden die Ideen zur Fortentwicklung des Bündnisses an 16 Marktständen gehandelt, bis im Zentrum der Generalsekretär die Entscheidung verkündet.

Zu Beginn der Überlegungen wird folgende **These** behauptet:

Die NATO ist einmal aus überwiegend zeitgebundenen militärischen Überlegungen entstanden; sie ist dabei, sich zu einer euro-amerikanischen Sicherheitsorganisation zu entwickeln, in der das militärische Instrument an Bedeutung zurücktritt gegenüber der Funktion eines politischen Forums kooperativer Sicherheit und Krisenbewältigung in Europa.

I. Die neue Strategie der NATO

Die umwälzenden Veränderungen auf unserem Kontinent seit 1989 führten dazu, daß die NATO ihre bis dahin verfolgte Strategie der „Flexible response“ als Antwort auf die Bedrohung durch den Warschauer Pakt aufgeben und ein neues strategisches Konzept entwickeln konnte. Die Grundidee der neuen Strategie ergab sich aus der veränderten sicherheitspolitischen Lage. Sie kann so beschrieben werden:

- Auf der Basis der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit der Allianz
- mit den Streitkräften der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa einen Dialog führen
- und Zusammenarbeit bis hin zu gemeinsamen Übungen der Streitkräfte entwickeln.

Es handelt sich also um die drei Stichwörter:

Verteidigung - Dialog - Zusammenarbeit.

Was ist damit gemeint?

Die Erhaltung einer angemessenen Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung ist auch weiterhin das zentrale sicherheitspolitische Ziel der Allianz. Es geht darum, Versuche von Pressure oder Einschüchterung zu verhindern, und es muß gewährleistet sein, daß ein militärischer Angriff gegen das Bündnis nicht als eine erfolgversprechende Option in Betracht gezogen wird.

Darüber hinaus gilt es, in einem intensiven Meinungs- und Informationsaustausch die Möglichkeiten, die sich aus wachsender Freiheit und Demokratie in den Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes ergeben, zu nutzen. Damit wird gegenseitiges Vertrauen geschaffen. Durch Zusammenarbeit mit allen Staaten Europas ist Stabilität zu erreichen. Dabei stand das Ziel an oberster Stelle, Krisen zu verhüten.

Für die Streitkräfte des Bündnisses ergeben sich tiefgreifende Folgen aus der neuen Strategie.

Auch hier eine vereinfachende Formel:

Die Streitkräfte werden kleiner und flexibler, und multinationale Verbände spielen in der integrierten Militärstruktur eine noch größere Rolle als bisher schon.

* Kleiner können die Streitkräfte werden, weil die Vorwarnzeit vor einem Großangriff auf das Bündnisgebiet nicht mehr in Stunden, sondern in Jahren gerechnet werden kann. Von dem großen Umfang der Kampfeinheiten bis 1989 bleibt deshalb nur noch eine kleine Speerspitze übrig. Man nennt sie die Krisenreaktionskräfte.

* Flexibler müssen die Streitkräfte werden, weil sie nicht mehr auf Ost-West fixiert sind, sondern das Restrisiko rund um die Bündnisstaaten besteht, also vom Nordkap bis nach Sizilien. Die Krisenreaktionskräfte müssen einer Bedrohung „rundum“ nach dem Prinzip der Gegenkonzentration begegnen könne. Und:

* Multinational waren die Bündniskräfte auch früher schon, jedoch war die Multinationalität weitgehend auf die höchsten Führungsebenen begrenzt. Künftig wird bei kleineren Kontingenten auch auf niedrigeren Ebenen, national gemischt.

Dieses Einsatzkonzept bedeutet für viele Armeen der Bündnisstaaten: neue Ausrüstung, neue Ausbildung und neue Strukturen.

Soviel zum theoretischen Ansatz der Strategie.

Wie hat sich nun diese Lagebeurteilung der NATO-Nationen in Europa aus dem Jahre 1991 seitdem bewährt?

Der Dialog hat sofort nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes eingesetzt. Er geht in der Frequenz der Besprechungen, Seminare und Kurse inzwischen teilweise bis an die Belastungsgrenze aller Beteiligten und wird oft nur durch die von einigen Staaten nicht mehr tragbaren Kosten gebremst.

Die Zusammenarbeit ist seit 1991 institutionalisiert. Dazu wurde schon kurz nach dem Ende des Warschauer Paktes der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR) gegründet, der regelmäßig Vertreter aus nahezu allen neuen mittel- und osteuropäischen Staaten mit denen der 16 NATO-Nationen zusammenführt - und das sowohl auf der Ebene der ständig in Brüssel arbeitenden Vertreter als auch auf den Ebenen der Generalstabschefs, der Minister und der Regierungschefs.

Äußere Zeichen in Brüssel: Die Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes haben im NATO-Hauptquartier eigene Büros eingerichtet und Zugang zu Einrichtungen und Dokumenten der Allianz. Seit 1994 finden regelmäßig multinationale Übungen statt, und zwar sowohl in den NATO-Ländern einschließlich USA als auch in Mittel- und Osteuropa.

Die Streitkräfte werden umstrukturiert auf multinationale Krisenreaktionskräfte. Das geht einher mit mehr oder weniger drastischen Reduzierungen der Armeen in allen Mitgliedstaaten, die teilweise auch den Umbau von Wehrpflichtigen- zu Freiwilligenverbänden einschließen.

Die Bundeswehr ist in besonderem Maße von dieser Neuorientierung betroffen, hat sie sich doch als einzige der Bündnisarmeen bis 1989 ausschließlich auf die Verteidigung in Deutschland eingerichtet. Wir alle nehmen teil am äußerst schwierigen Wandlungsprozeß unseres Denkens in der Gesellschaft und in der Bundeswehr, seitdem das Verfassungsgericht 1994 das entscheidende Wort gesprochen hat.

Fazit: Die Strategie der NATO von 1991 wird verwirklicht, die Anpassung der Ausrüstung und teilweise auch die Umstrukturierung der Streitkräfte werden aber noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

Seitdem hat die Geschichte jedoch nicht stillgestanden, und anders als bis 1989 ändern sich die Rahmenbedingungen, die sich auch auf das Bündnis auswirken, schneller.

II. Äußere Einflußfaktoren

Seit die Frage nach der neuen Rolle der NATO gestellt wurde, gibt es zwei sehr verschiedene Visionen für eine Antwort:

1. Das Bündnis bleibt, was es war: keine neuen Aufgaben, keine neuen Mitglieder - salopp gesagt: Erhalten der „Nachtwächterfunktion“ für den „Worst case“, also nur die gemeinsame Verteidigung.
2. Das Bündnis erweitert seine Aufgaben und Mitglieder und wird eines Tages eine Sicherheitsorganisation bilden, die den Raum von Wladiwostok bis Vancouver umfaßt; man könnte das „Polizeifunktion“ nennen.

Während man die erste Vision französischem Verhalten im Bündnis seit 1991 unterstellen könnte, scheint die zweite eher amerikanischen Vorstellungen zu entsprechen. Tatsächlich gibt es seit Beginn der Veränderungen Entscheidungen der Allianz, die in beide Richtungen weisen.

Hier taucht die Frage auf:

Warum haben sich denn die Mitgliedstaaten nicht auf **ein** Konzept geeinigt?

In einer Organisation, in der Entscheidungen nur im Konsens getroffen werden können, sind lange Diskussionen erforderlich, ehe ein zustimmungsfähiger Kompromiß gefunden wird. Dies gilt besonders dann, wenn dieser Organisation Völker wie die Angelsachsen angehören, die zu pragmatischem Handeln neigen und stets fürchten, sich durch eine einmal beschlossene Konzeption allzusehr zu binden.

Ein Beispiel hierfür ist die neue NATO-Strategie selbst: Es dauerte immerhin zwei Jahre, bis sie verabschiedet werden konnte, und der Inhalt ist sehr allgemein gefaßt.

Zum anderen ließen die Ereignisse im Gefolge der Wenden in Mittel- und Osteuropa dem Bündnis keine Zeit zum Vorausdenken, seit 1991 war deshalb nur noch reaktives Vorgehen möglich.

Nun zu den Rahmenbedingungen selbst. Es sind:

1. die Suche des Bündnisses nach einer neuen Aufgabe,
2. der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien,
3. die Aufnahmeanträge der Mittel- und Osteuropäer,
4. die Lage in Nordafrika.

Zu 1. Friedenswahrung als neue Aufgabe

Natürlich war es 1991 eine berechtigte Frage, ob sich die NATO eine neue Aufgabe suchen sollte, nachdem sie die vorangegangenen so glänzend gelöst hatte und das Bündnis gerade wegen seines Erfolges quasi als Versicherungspolice erhalten bleiben sollte.

Verteidigung, die einzige Aufgabe bis dahin, war jedoch inzwischen so wenig wahrscheinlich geworden, daß die Motivation für Einsatzplanung und Ausbildung der Streitkräfte zu sinken drohte, denn wer rastet, der rostet, und das mußte verhindert werden.

Parallel zu diesem Problem entstand der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien.

Diese beiden Entwicklungen führten dazu, daß 1992 die 16 NATO-Nationen in Oslo und Brüssel erklärten, sie würden künftig ihre Streitkräfte auch für Peacekeeping-Einsätze bereitstellen, wenn die KSZE, heute OSZE, oder die Vereinten Nationen ein Mandat erteilen.

Dies ist eine völlig neue Aufgabe für die NATO, die im Gründungsvertrag von Washington nur gemeinsame Verteidigung vorgesehen hat. Es handelt sich jedoch auch bei dieser neuen Aufgabe nicht um einen Automatismus. Vielmehr werden bei jeder einzelnen Anfrage der OSZE oder der Vereinten Nationen die Mitgliedsstaaten prüfen, ob das Bündnis als Ganzes einen Peacekeeping-Antrag annimmt.

Wenn **alle** (*das heißt 'Bündnis'!*) zugestimmt haben, prüft jedes einzelne Mitgliedsland außerdem, ob und mit welchen eigenen Streitkräften es sich an dem Einsatz der NATO beteiligt.

Hieran sieht man, wie kompliziert der Entscheidungsgang im Bündnis ist. Dabei spiegeln sich natürlich typisch pluralistische Entscheidungsprinzipien einer Gemeinschaft aus souveränen demokratischen Staaten mit pluralistischen Gesellschaften wider.

Zu 2. Jugoslawien

Der Ankündigung dieser Bereitschaft zur neuen Aufgabe **Peacekeeping** (Friedenserhaltung) folgte auf dem Fuße der Antrag der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit dem auseinanderbrechenden Jugoslawien. Seit Herbst 1992 überwachen daher nach Beschluß der 16 Mitgliedstaaten Seestreitkräfte der NATO das Embargo in der Adria. Dieser Einsatz war erfolgreich. Über See kamen keine Güter in das gesperrte Jugoslawien. Aber hier war es auch am einfachsten, denn die Lage über See ist - außer bei Nebel - im wahrsten Sinne des Wortes übersichtlich. Darüber hinaus kontrollieren NATO-Flugzeuge das Flugverbot über Bosnien-Herzegowina. Sie sollen auch Angriffe auf die VN-Schutzzonen abwehren, falls die VN-Beobachter dort einen entsprechenden Einsatz von NATO-Flugzeugen fordern.

In der Praxis dieses Einsatzes wurde deutlich, wie problematisch die dafür eingerichtete Kommandostruktur war, in der VN-Vertreter vor Ort und der NATO-Befehlshaber Süd in Neapel jeweils einen Schlüssel für den Einsatzbefehl hatten, und beide mußten gedreht werden, ehe NATO-Maßnahmen auf Verletzungen von VN-Resolutionen erlaubt waren. Der Erfolg der Luftüberwachung war sehr begrenzt, vor allem gegen Hubschrauber, weil hier der Nachweis eines Verstoßes gegen eine VN-Resolution schwerer ist und ein Hubschrauber sich schnell „verdrücken“ kann und weil dann bei seiner Bekämpfung die Gefahr von unbeabsichtigten Kollateralschäden zu groß ist.

Ob die Luftangriffe der NATO auf Artilleriestellungen rund um Sarajewo letztendlich die Verhandlungsbereitschaft und das Waffenstillstandskonzept des US-Unterhändlers Holbrooke in Dayton bewirkten, oder ob Milosewicz, Tudjman und Isetbegowicz durch geheime Abmachungen und Zusagen überzeugt wurden, werden erst eines Tages die Dokumente über die Hintergründe dieser Entwicklung offenbaren.

Zu 3. NATO-Öffnung

Schlagartig nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes drängten mittel- und osteuropäische Staaten in das Bündnis. Diese Tatsache hat inzwischen, zumindest verbal bis zu den Präsidentenwahlen im Juni 1996, zu einer Verhärtung der Beziehungen zu Rußland geführt.

Die mitteleuropäischen Staaten betrachten das Bündnis als Sicherheitsgarantie, und zwar deutlich artikuliert gegenüber ihrem früheren Peiniger. Rußland wiederum kann es noch nicht verkraften, daß sich der frühere Teufel NATO nach dem eigenen Rückzug von der Elbe an den Bug nach Osten ausbreitet. Daß es sich um ein Bündnis handelt, das Demokratie und damit Stabilität und Wohlstand für alle Menschen der Staaten auch Mittel- und Osteuropa bringt, will oder kann man noch nicht begreifen.

Das Bündnis selbst hatte nach 1989 zunächst die Probleme **Neue Strategie** und **Neue Aufgabe** zu lösen - beides schon fast eine Überforderung, nachdem einige Mitgliedstaaten mit spürbarem Zähneknirschen den neuen Status Deutschlands akzeptiert hatten. So war es denn kein Wunder, daß die Mitgliedschaft neuer Staaten nur von Deutschland, das aufgrund seiner geopolitischen Lage das größte Interesse an einer Erweiterung hat, mit offener Sympathie und deutlichem Nachdruck unseres Verteidigungsministers unterstützt wurde. Die NATO beantwortete die Öffnungsfrage Anfang 1994 zunächst mit einem klaren „Ja“, das man in den politischen Begriff der „Partnerschaft für den Frieden“ kleidete, sollte heißen:

Erweiterung ja, aber noch nicht jetzt; statt dessen: Partnerschaft mit der Möglichkeit, nicht aber Garantie, eines späteren Beitritts.

Diese zögerliche Haltung geriet ins Wanken, als die USA Ende 1994 ihre Position änderten.

Die Neuorientierung trat nach dem für Clinton verheerenden Wahlergebnis ein, das den Republikanern in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit bescherte. Jetzt scheint sich die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß die Entwicklung in Rußland kaum durch Wohlverhalten der NATO günstig zu beeinflussen ist und daß es vielmehr sinnvoll ist, den „Goldenen Moment“ der Schwäche Rußlands für die Öffnung der NATO zu nutzen. Im Herbst 94 ließen deshalb die Außenminister der NATO-Staaten untersuchen, welche Folgen eine Erweiterung haben würde. Es ging also um die Frage des „Wie“, noch nicht des „Wann“ oder des „Wer“ einer Öffnung. Mit diesem ersten Studienauftrag ist, so kann man sagen, der Prozeß der Öffnung der NATO gestartet worden.

Das Ergebnis der Studie liegt inzwischen vor, die **Bedingungen für den Beitritt** sind:

- gleiche Sicherheitsgarantien für die neuen Mitglieder,
- gleiche Pflichten, Aufgaben und Kosten,
- Stationierung von A-Waffen im Frieden ist keine Bedingung, aber nicht ausgeschlossen, und:
- Öffnung der NATO gleichzeitig mit Erweiterung EU und WEU.

Als **nächste Schritte** sind **bis Ende 1996** vorgesehen:

- intensiver Dialog mit interessierten Partnern in Mittelosteuropa,
- Stärken der Aktivitäten der „Partnerschaft für den Frieden“,
- Prüfen, was die NATO intern tun muß, um auch nach Erweiterung die Effektivität, d. h. in erster Linie Verteidigungsfähigkeit, zu erhalten.

Im Dezember 1996 werden die Minister auf ihrer Herbsttagung in Brüssel die erzielten Fortschritte beurteilen und das weitere Vorgehen erörtern.

Zu 4. **Südöffnung**

Der letzte Faktor, der das Bündnis beeinflußt, ist die Entwicklung in Nordafrika, die vor allem die südlichen Mitgliedstaaten beunruhigt. Aber es gibt einen zweiten Grund, weshalb die NATO begonnen hat, mit einigen Staaten Nordafrikas Gespräche aufzunehmen.

Das Gewicht der Sicherheitsvorsorge und damit des Einsatzes der finanziellen Mittel des Bündnisses lag bis 1989 im Zentralbereich, also in Mitteleuropa, in Deutschland. Durch die Erweiterungsdiskussion wird die von den Südeuropäern gewünschte Verlagerung der gemeinsamen finanziellen Verteidigungsanstren-

gungen mehr nach Südeuropa möglicherweise verhindert. Die Südöffnung hat also auch den Zweck, einen Gewichtsausgleich nach Süden zu bewirken, was übrigens, verständlicherweise, auf deutliche Vorbehalte gegen diese Entwicklung des Flankenstaates Norwegen stößt. Hinter dieser neuen Blickrichtung des Bündnisses stehen also auch ganz handfeste nationale Interessen.

Vergleicht man die Allianz heute mit der von 1989, so ergeben sich **zwei grundlegende Neuerungen**:

Zum einen waren **die Einrichtungen des NAKR** und **das Angebot der „Partnerschaft für den Frieden“** erste Schritte des Bündnisses zur Entwicklung einer kooperativen Sicherheitsorganisation in ganz Europa;

zum anderen haben die NATO-Staaten ihr **militärisches Instrument** in der ersten europäischen Krise nach Auflösung des Ost-West-Konfliktes **außerhalb ihres vertraglich festgelegten Rahmens in einer neuen Aufgabe** eingesetzt.

Im Falle der Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa kann man bereits jetzt von einer die Allianz und die Sicherheit in Europa stützenden Entwicklung sprechen.

Bei der anderen neuen Richtung - Teilnahme mit Streitkräften an friedenswährenden Operationen - ist die Bewertung unterschiedlich.

Im teilweise negativen Urteil der Öffentlichkeit über die Rolle der Allianz bei der Krisenbewältigung auf dem Balkan steht häufig der Vorwurf im Vordergrund, die NATO habe dem Völkermord nicht frühzeitig durch Einsatz ihrer Streitkräfte ein Ende gesetzt. Dabei wird übersehen, daß nicht einmal die Vereinten Nationen oder die OSZE sich darauf festlegen konnten, eine solche Operation zu sanktionieren - weil nämlich Rußland anfangs nicht zustimmte .

Schon gar nicht hatte demzufolge der NATO-Rat zu erörtern, ob man sich dieser Aufgabe stellen sollte, denn das wäre über die Erklärungen von Oslo und Brüssel weit hinausgegangen und einem Alleingang des Bündnisses gleichgekommen. Der hätte Europa in eine Lage wie 1914 manövrieren können.

Diese Gefahr war zeitweise durchaus gegeben, als einige Politiker und Journalisten, besonders in Deutschland, härteres Vorgehen ohne Rücksicht auf Rußland empfahlen. Es waren Militärs in Brüssel und Mons, die ständig forderten, vor einem solchen Schritt die politischen Ziele festzulegen. Sie fragten, wie das Ganze denn beendet werden solle.

So sagte US-General Powell, zeitweilig NATO-Oberbefehlshaber Europa: „Ich habe immer die Ansicht vertreten, daß Politiker in Zusammenarbeit mit den Militärs genau sagen müssen, was sie erreichen wollen. Das hört sich einfach an, aber Sie wären überrascht, in wieviele Krisen wir hineingeschlittert sind, weil wir genau das nicht gewußt haben. Nur auf dieser Basis sollten die Militärs zeigen, wie die Ziele mit bewaffneter Macht erreicht werden können ... Zudem sollte klar sein, wie man aus einer solchen Auseinandersetzung wieder herauskommt“.

Zum Glück hat die Mechanik des Entscheidungsprozesses, das Konsensverfahren, einen höchst risikoreichen Alleingang der NATO verhindert.

Aus der Sicht von innen ergab sich die Teilnahme von NATO-Streitkräften an den Embargo-Operationen in Bosnien zwar konsequent nach den Erklärungen von Oslo und Brüssel 1992. Das Konzept erweiterter Aufgabenstellung für die Streitkräfte wurde also angewandt, aber es erfolgte in langem, zähem Ringen um Detailfragen der Organisations- und Führungsstruktur. Auch entsprachen die Bereitstellungen von Truppen einiger Mitgliedstaaten nicht ihrem politisch vehementen Eintreten für die Durchsetzung der VN-Resolutionen. Diese Staaten stellten damit die Solidarität des Bündnisses in Frage. Solche Widersprüche haben ihren Ursprung u. a. in den beiden verschiedenen Visionen über die künftige Rolle der NATO, die in zahlreichen Erörterungen der NATO-Gremien über die Einzelheiten des Streitkräfteeinsatzes in Bosnien im Hintergrund der Argumente stets herauszuhören waren: Nachwächter- oder Polizeifunktion.

Diese beiden Vorstellungen von der künftigen Rolle der NATO lassen sich zurückführen auf den traditionellen Gegensatz im Bündnis zwischen USA und Frankreich.

Die Einrichtung des NAKR und später das Angebot zu „Partnerschaft für den Frieden“ kam auf amerikanisches Betreiben zustande und zielt auf eine Erweiterung von Mitgliedern und Aufgaben hin.

Frankreich hat die Option Peacekeeping 1992 zwar grundsätzlich mitgetragen, vielleicht, weil es den Konsens nicht verhindern wollte, um nicht isoliert zu werden. In den Aktionen in und um Bosnien zeichnete sich dann aber ab, daß Frankreich genügend prozedurale Mittel fand, eine zügige Ausweitung der Kompetenzen der Allianz zu verhindern. Die französische Haltung deutet darauf hin, daß Veränderungen in der NATO dazu dienen sollen, den Einfluß der bis 1989 „Leading nation“ USA zu reduzieren. Daneben kristallisierte sich Frankreichs Absicht heraus, für die neuen Aufgaben des Bündnisses, die „Peace support operations“ (Einsatz zur Friedensunterstützung), eine neue Kommandostruktur zu installieren, und zwar neben der traditionellen Kommandostruktur für die Verteidigung.

Diese Nebenstruktur soll es erlauben, im europäischen Kontext mit militärischen Mitteln handlungsfähig zu sein, wenn sich die Nordamerikaner in einem Peacekeeping-Szenario nicht beteiligen wollen. Sie könnte in Verbindung mit der vielleicht später einmal in die EU übergegangenen WEU-Organisation auch als militärisches Instrument einer künftigen europäischen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik genutzt werden. Diese Denkrichtung ist übrigens die verständliche Ursache für den amerikanischen Argwohn, aus Europa herausgedrängt zu werden.

Alle anderen Mitglieder wehren sich gegen eine Nebenstruktur, denn sie wollen den Einfluß der USA in Europa erhalten. Im übrigen will kein Mitgliedstaat die zusätzlichen Mittel für eine Nebenstruktur aufbringen.

Zwischenbilanz

1. Die neue Strategie wird, wie gedacht, umgesetzt, und die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa hat vielversprechend begonnen. Dabei wurden auch Ansätze zu neuen Verfahren innerhalb des Bündnisses geschaffen. (Beispiel: Einbeziehung des NAKR).
2. In der neuen Aufgabe muß sich die NATO erstmals im früheren Jugoslawien bewähren. Die Ergebnisse sind zwar unterschiedlich und teilweise umstritten. Aber die politischen Führungsorgane, die militärischen Planungsabteilungen und die Streitkräfte der NATO praktizierten die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und WEU. Sie haben dabei wertvolle Erfahrungen gesammelt, und die waren Voraussetzung dafür, daß die NATO bereits kurz nach dem Frieden von Dayton mit ihrer IFOR einsatzbereit war.
3. Frankreich hat sich über die WEU zur Integration von eigenen Truppen in die NATO-Struktur bei Peacekeeping-Operationen bereitgefunden: Französische Flugzeuge und Schiffe operieren unter Führung von amerikanischen NATO-Befehlshabern, seit Anfang des Jahres auch sein Kontingent von Bodentruppen im Rahmen der IFOR. Im Januar 1996 erklärte der französische Staatspräsident, daß Frankreich künftig intensiver in allen NATO-Gremien mitarbeiten wird. Diese Erklärung folgte aus der Erkenntnis: Nur wer mitarbeitet, kann die NATO mitgestalten. (Das trifft übrigens auch für Deutschland zu hinsichtlich des Einsatzes der Bundeswehr seit der Karlsruhe-Entscheidung vom Sommer 1994).

Auf ihrer Frühjahrstagung 1996 in Berlin beschlossen daraufhin die Außenminister des Bündnisses, eine grundlegende Reform der NATO-Kommandostruktur einzuleiten, die auch die Reintegration der französischen Streitkräfte enthalten kann. Der Beschluß von Berlin spiegelt darüber hinaus die französische Idee wider, die WEU zum europäischen Pfeiler des Bündnisses aufzuwerten und sie in die Lage zu versetzen, in europäischen Krisensituationen mit militärischen Strukturen und Kräften der NATO, aber ohne amerikanische Bodentruppen handlungsfähig zu sein.

Fazit: Die Zusammenarbeit mit Staaten Mittel- und Osteuropas und der Einsatz im Peacekeeping in Jugoslawien haben das Bündnis verändert. Man kann also mit Fug und Recht sagen, die NATO ist schon heute nicht mehr die alte.

III. Zukunftstendenzen

Die weitere Entwicklung der NATO wird davon abhängen, wie das Bündnis **die beiden dringendsten aktuellen Probleme** letztendlich lösen wird : **die Bewährung in der neuen Aufgabe Peacekeeping in Bosnien und die Erweiterung um neue Mitglieder in Mittelosteuropa.**

Hinsichtlich des Peacekeepings befriedigen die bisherigen Ergebnisse nicht, wenigstens nicht, wenn man das Idealbild gemeinsamen und entschlossenen Vorgehens zur Friedenswahrung oder -wiederherstellung möglichst umgehend verwirklicht sehen möchte. Bei nüchterner Betrachtungsweise wird aber deutlich, daß größere Fortschritte nicht erwartet werden konnten, denn dazu wäre ein Bewußtseinswandel in den Mitgliedstaaten erforderlich, der sie von den wieder aufgekeimten nationalen Egoismen befreite und sie dazu brächte, stets nur die gemeinsamen Interessen im Vordergrund zu sehen. Selbst wenn sich die Mitgliedstaaten auf Durchsetzung von Völkerrecht oder Menschenrecht festlegen würden, sind in jedem Fall immer auch nationale Interessen berührt, die divergieren und dadurch Entschlüsse zu gemeinsamen Aktionen erschweren, hinauszögern und oft sogar unmöglich machen.

So kann man in Jugoslawien bis 1994 folgende unterschiedliche Einzelinteressen sehen:

USA: kein Einsatz eigener Bodentruppen zum Kampfauftrag/Peacemaking, jedoch zum Friedenserhalt/Peacekeeping, wie jetzt in Bosnien;

Deutschland: zunächst kein Einsatz eigener Streitkräfte auf und über dem Gebiet, seit dem Spruch des Verfassungsgerichts 1994 Mitwirkung im Peacekeeping, aber nur unterstützende Sanitäts- und Logistik-Truppen;

Griechenland: keine Beteiligung am Streitkräfteeinsatz durch Balkanstaaten (Griechenland und Türkei);

Frankreich: Nutzen des militärischen Instrumentariums des Bündnisses, aber Aufweichen oder Umgehen der bisherigen Kommandostrukturen durch Etablieren neuer Organe zugunsten von WEU (d. h. ohne USA) und VN (d. h. mit Rußland);

Türkei und Deutschland: eher Vorbehalte gegen serbische Gebietserweiterungen;

Griechenland, Vereinigtes Königreich und Frankreich: kaum Einwände gegen serbische Gebietserweiterungen.

Konsens der Interessen im Bündnis, so muß man das realistisch sehen, ist in Wirklichkeit nur in der gemeinsamen Verteidigung gegen einen Angriff auf eines der Mitglieder vorhanden, nicht aber bei der neuen Aufgabe.

Zum Peacemaking, also zur Wiederherstellung des Friedens während einer gewaltsamen Auseinandersetzung wie im früheren Jugoslawien, werden daher einheitlich unter NATO-Flagge in absehbarer Zukunft nur See- und Luftstreitkräfte zum Zuge kommen, bei denen es in erster Linie darum geht, durch Androhen ihres Einsatzes oder höchstens durch nadelstichartige Angriffe zum Beweis der Glaubwürdigkeit der Drohung, Druck auf die Konfliktparteien auszuüben, um dadurch eine politische Lösung herbeizuführen, so wie es im Herbst 1995 in der Umgebung von Sarajewo geschah.

Zum Einsatz von Bodentruppen ist gegenwärtig Konsens der Mitgliedstaaten allenfalls bei „Peacekeeping operations“, also erst nach Vertragsabschluß der streitenden Parteien, erreichbar, so wie es seit Januar in Bosnien geschieht.

Diese Zurückhaltung der NATO als Allianz beim Einsatz von Bodentruppen zu Kampfaufträgen schließt jedoch nicht aus, daß einzelne NATO-Mitglieder zur Friedensschaffung nach einer Aggression, wie z. B. im Golfkrieg, auch militärisch bereit sind. Denn sie verfügen durch das Bündnis über Mittel und Erfahrungen, die einzigartig sind und die die Vereinten Nationen wohl auch künftig wieder gebrauchen werden: multinationale Planungsstäbe und Ausbildungseinrichtungen, integrierte Führungsstäbe und Streitkräftekontingente. Diese Mittel können für Kampfaufgaben unter VN-Mandat, wie im Golfkrieg praktiziert, den Kristallisationskern einer Koalition („Core of coalition“) mit Nicht-NATO-Staaten bilden.

Nun zum anderen kritischen Punkt, der **Öffnung des Bündnisses**.

Wir wissen: Die USA und Deutschland forcieren sie am meisten. Die anderen NATO-Mitglieder äußern sich zurückhaltend bis offen zögerlich, wie Frankreich.

Die derzeitige Führung in Moskau hat sich zum Sprecher der russischen Seele gemacht und eifert gegen eine Öffnung der NATO. Rußland träumt immer noch davon, so sagte es neulich ein hochrangiger Vertreter der russischen Botschaft in Berlin, eine gleichberechtigte Weltmacht wie die USA zu sein. Das Herandrängen der NATO an seine Grenzen verletze seinen Stolz. Es sei unerträglich, dies als Folge des freiwilligen Rückzugs bei der Wiedervereinigung Deutschlands hinzunehmen. Das Recht souveräner Staaten, einem Bündnis beizutreten, werde zwar prinzipiell nicht in Frage gestellt. Aber Osteuropa habe uralte „Bindungen“ (!) zu Rußland, die durch eine NATO-Mitgliedschaft gefährdet seien. (So kann man auch den Anspruch auf eine hegemoniale Pufferzone benennen.) Wenn sich die NATO ausdehne, werde Rußland in die Arme Chinas

getrieben, was Rußland nicht wolle, denn es gehöre zum Westen, es sei, so wörtlich, „weiß“. Die Alternative zum Pakt mit China sei atomare Hochrüstung.

Nun, solche starken Worte mögen zwar auch ein wenig Wahlkampfgetöse sein, aber Behutsamkeit und Rücksichtnahme auf allrussische Empfindsamkeiten ist sicherlich notwendig, und so kommt es jetzt darauf an, zunächst einmal etwas langsamer voranzugehen.

Und dies auch aus einem anderen Grund: Tatsächlich sind weder die NATO selbst noch die potentiellen neuen Mitglieder ausreichend auf einen baldigen Beitritt vorbereitet. Deshalb kommt es allen Seiten entgegen, wenn weiter gedacht, geplant und natürlich auch geredet, aber nicht gehandelt wird.

Das Bündnis hat deshalb nach Vorlage der ersten Studie im Herbst 1995 entschieden, nun erst einmal intern weiter zu diskutieren und bilaterale Gespräche mit Kandidaten zu führen. Derzeit werden also keine weiteren konkreten Untersuchungen zum „Wer“ und „Wann“ angestellt. Frühestens nach den Präsidentenwahlen in Rußland und den USA sind substantielle Entscheidungen des Bündnisses zu erwarten.

Wie weit die Öffnung nach Osten einmal gehen wird, darüber kann man jetzt nur spekulieren, weil das sehr von der politischen Landschaft nach den Wahlen in Rußland abhängen wird. Wahrscheinlich ist, daß die Visegradstaaten etwa um die Jahrtausendwende neue Mitglieder des Bündnisses werden können. Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn sich das Bündnis weiter reformiert hat und eine Form der Zusammenarbeit mit Rußland entwickelt hat, die die Sorgen dieses Landes vor einer Öffnung beseitigt. Die Chancen dafür sind so schlecht nicht. Das Konzept „Partnerschaft für den Frieden“ hat sich zu einem Renner entwickelt und wirkt so als Katalysator des Aufeinanderzugehens. Die Zusammenarbeit des Bündnisses mit Rußland in Bosnien ist ein weiterer Schritt in diese richtige Richtung. Ob sich daraus langfristig auch eine russische Mitgliedschaft zum Zwecke europäischer Sicherheitskooperation entwickelt oder ob aus der GUS ein Konkurrenzmodell wird, muß heute noch offen bleiben. Wenig realistisch ist wohl der russische Vorschlag, die NATO durch die OSZE zu ersetzen. Denn dieser Organisation fehlt wie der UN die Truppe als Ultima ratio der Konfliktbewältigung.

Was die Struktur des Bündnisses selbst angeht, so werden wir auf absehbare Zeit Zeuge der sich fortsetzenden Reform sein. Sie wird von innen notwendig durch den Entschluß Frankreichs, künftig aktiv in den verschiedenen Gremien der Allianz mitzuarbeiten. Von außen ergeben sich Änderungszwänge durch die Erfahrungen mit der neuen Aufgabe in Bosnien und in der Zusammenarbeit mit den neuen Partnern in Mittel- und Osteuropa im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“.

Zusammenfassende Bewertung

Die NATO hat seit 1991 intensiv mit den Staaten Mittel- und Osteuropas diskutiert und schon substantiell zusammengearbeitet. Sie setzt diesen Prozeß verstärkt im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ fort. Die NATO trägt auf diese Weise dazu bei, diese Staaten als Partner an Strukturen und Entscheidungsverfahren einer offenen, freiheitlich demokratischen Gesellschaft heranzuführen. Damit wirkt die NATO entscheidend politisch daran mit, daß Stabilität und Sicherheit nach Osten getragen wird. Daraus werden sich im weiteren Verlauf dieser Entwicklung auch neue Verfahren ergeben, nach denen künftig in krisenhaften Situationen in Europa unter einem Mandat der OSZE oder der Vereinten Nationen Krisen politisch bewältigt werden und damit Sicherheit ohne Gewaltanwendung mit militärischen Mitteln produziert wird, frei nach Clausewitz heute: „Der Einsatz von Streitkräften zur Krisenbewältigung ist Politik unter Beimischung militärischer Mittel.“ (Minister Rühle).

Sicherheit und damit Freiheit und Frieden in Europa unterliegen dem Einfluß von drei Mächtegruppen.

Die erste sind die europäischen Staaten selbst, die noch nicht zu einem einheitlichen sicherheitspolitischen Handlungswillen fähig sind. Denn die historisch gewachsenen Unterschiede verursachen auch am Ende dieses so leidvollen Jahrhunderts Rivalitäten der Gliedstaaten, die nur in einem langen, geduldigen Prozeß auf dem Wege zur Europäischen Union weiter reduziert werden können.

Die andere Macht ist Rußland, dieses riesige, an Bodenschätzen reiche Land, das unserem Kontinent in vielfacher Hinsicht noch fern steht, das aber aufgrund seiner geographischen Lage mit Europa im wahrsten Wortsinn verbunden ist. In Jugoslawien zeigte Rußland erneut, daß es auch in einer Situation eigener Schwäche Einfluß nehmen will und kann, wenn es in Europa irgendwo brennt.

Die dritte Macht sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Die jüngste Entwicklung in Jugoslawien ließ deutlich werden, daß erst durch die energische Entschlossenheit der USA eine Friedensregelung zustande kam. Das heißt doch nichts anderes, als daß die USA zum dritten Mal in diesem Jahrhundert den entscheidenden Einfluß ausgeübt haben, einen Krieg in Europa zu beenden.

Zwei dieser Mächtegruppen sind bereits seit Jahrzehnten durch die NATO miteinander eng verbunden.

Rußland hat mit der Annahme der „Partnerschaft für den Frieden“ den ersten Schritt auf die nordatlantische Allianz zu getan.

Der zweite Schritt folgte jetzt in Bosnien, wo Rußland an der Seite der NATO sein Truppenkontingent zur Trennung der Streitparteien einbringt und, man

lasse sich das auf der Zunge zergehen, seine Soldaten aus dem militärischen NATO-Hauptquartier in Mons führt.

Auf diese Weise erhält die multinationale Friedenstruppe auch die Funktion eines praktischen Lernprozesses, in dessen Verlauf Rußland vorgeführt werden soll, daß die Öffnung der NATO kein feindseliger Akt gegen Moskau ist, sondern ein Unternehmen zur Stabilisierung von ganz Europa.

In diesem Sinne ist die Ausgangsthese zu verstehen:

Die NATO ist einmal aus überwiegend zeitgebundenen militärischen Überlegungen entstanden. Die neue NATO entwickelt sich zu einer euro-amerikanischen Sicherheitsorganisation, in der das militärische Instrument an Bedeutung zurücktritt gegenüber der Funktion als politisches Forum kooperativer Sicherheit und Krisenbewältigung in Europa.

Wenn es jetzt gelingt, mit Rußland den Friedensprozeß in Bosnien fortzusetzen und die Lage in diesem Lande dauerhaft zu stabilisieren, und wenn es mittelfristig gelingt, in Mittel- und Osteuropa einschließlich Rußland die wachsend pluralistischen Gesellschaftsordnungen auch durch eine fortentwickelte neue NATO zu festigen, dann wären das weitere Meilensteine in der Erfolgsstory dieses Bündnisses.

Ob diese Tendenz anhält, hängt ab von den Antworten auf die Fragen:

- Wird der Einsatz des NATO-Kontingents in Bosnien erfolgreich zum Frieden in diesem Lande beitragen?
- Welche Rückschlüsse für künftige Peacekeeping-Einsätze werden die Mitgliedstaaten des Bündnisses aus eben diesen Erfahrungen auf dem Balkan ziehen, und welche Folgen werden sich für die Kommandostrukturen der NATO aus den Erfahrungen in Bosnien ergeben?
- Wie entwickeln sich EU und WEU weiter, und welche Auswirkungen ergeben sich daraus für die neue NATO?
- Wird die „Partnerschaft für den Frieden“ das Vehikel, um auch das demokratische Rußland als Partner einzubeziehen in die Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa?

05.06.96

A u t o r :

Dietrich von der Planitz

Kapitän zur See

Kommandeur im Verteidigungsbezirk 76

und Standortältester der Bundeswehr in Dresden

August-Bebel-Straße 19 01219 D r e s d e n

Ernst W o i t

Osterweiterung der NATO.

Interessenten – Ziele – Konsequenzen

Alternative: Ostexpansion der NATO oder Stärkung der OSZE

Seit mindestens drei Jahren wird die europäische Öffentlichkeit nahezu täglich mit Argumenten für und wider eine Osterweiterung des NATO-Paktes konfrontiert. Augenblicklich scheint bei den damit befaßten Politikern Konsens darüber zu bestehen, die diesbezüglichen Entscheidungen erst nach den Präsidentschaftswahlen in Rußland und in den USA zu treffen. Daran wird zumindest deutlich, daß es sich um ein Projekt handelt, das die Öffentlichkeit sowohl in Rußland als auch in den USA in eine von den NATO-Politikern nicht gewollte, der Sache nach aber durchaus berechtigte Aufregung versetzen könnte - handelt es sich doch um **eine** aus der „Reihe ganz entscheidender Weichenstellungen“, die nach BRD-Kanzler KOHL „das Gesicht unseres Kontinents bis weit in das kommende Jahrhundert hinein prägen“ sollen. [1]

Es muß schon alarmieren, wenn KOHL im Zusammenhang mit der „Politik der europäischen Einigung“, deren Bestandteil die Osterweiterung der NATO ist, dies ausdrücklich als „die Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert“ definiert. [2] Das kann sachlich kaum bestritten werden. Bedeutet doch der Versuch der „Neuordnung Europas“ durch Osterweiterung der NATO die endgültige Absage an ein alle Staaten Europas umfassendes Sicherungssystem, wie es sich aus der KSZE in Gestalt der OSZE entwickelt hat. Schon jetzt führt die 1990 mit der **Charta von Paris** so feierlich gegründete OSZE als die einzige Organisation, die ausnahmslos alle europäischen Staaten umfaßt (einschließlich der Schweiz!), mit einem Jahresetat von sage und schreibe 30 Millionen Dollar in Wien nur noch ein Schattendasein. Der Kurs auf die Osterweiterung der NATO wird der OSZE endgültig den Boden entziehen, die europäische Außenpolitik erneut militarisieren und so zu einer den Frieden in Europa gefährdenden militärischen Blockkonfrontation führen.

Insofern gibt es für Europa heute die schicksalhafte Wahl zwischen einer wirklich kollektiven Sicherheitsstruktur durch Ausbau und Stärkung der OSZE oder einer durch Osterweiterung der NATO auf militärische Stärke setzenden Sicherheitsarchitektur, die schon von ihren Grundlagen her keine wirkliche Sicherheit bieten kann.

Teil eines neuen globalen Interessenkonfliktes

Mit dem Zerfall des von der UdSSR geschaffenen und geführten Paktsystems ist die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandene bipolare Weltordnung ebenso Vergangenheit wie das System der mit dieser Bipolarität verbundenen globalen und regionalen Stabilitäts- und Sicherheitsgarantien in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Das global und zumindest für Europa und Asien auch regional so tiefgreifend veränderte Kräfteverhältnis eröffnet die Möglichkeit einer neuen Weltordnung und damit einer entsprechenden Neuverteilung der Einflußsphären zwischen den Großmächten. Spätestens mit dem Golfkrieg II ist deutlich geworden, daß die USA absoluten Anspruch auf „Weltführerschaft“ erheben und zur Durchsetzung dieses Anspruchs systematisch die UNO demonstrieren. In seiner Eigenschaft als Ko-Vorsitzender der UN-Reformkommission gelangte der frühere BRD-Präsident RICHARD von WEIZSÄCKER zu der Einschätzung, die USA „instrumentalisieren die Vereinten Nationen für ihre nationalen Zwecke.“[3] Sie tun das seit dem Ende des Ostblocks, indem sie systematisch die grundlegenden Prinzipien der UN-Charta ignorieren, ihren Beitragsverpflichtungen nur zum Teil nachkommen und den UN-Sicherheitsrat inzwischen zum Rechtfertigungsorgan von Beschlüssen der USA-Regierung bzw. der NATO instrumentalisiert haben. Nach Einschätzung des Hamburger Friedensforschers REINHARD MUTZ ist die UNO dadurch inzwischen „zum Stempelkissen für Entscheidungen degeneriert, die anderswo fallen.“ [4]

Im Kampf um die Durchsetzung ihrer „Weltführerschaft“ tun die USA alles in ihren Kräften stehende, um den Einfluß Rußlands auf die Weltpolitik - innerhalb wie außerhalb der UNO - systematisch zu reduzieren und ehemals sowjetische Einflußsphären in solche der USA oder deren Verbündeter zu verwandeln. Mittels der Osterweiterung der NATO soll der Machtbereich dieses nunmehr mächtigsten Militärpaktes auf Staaten ausgedehnt werden, die ehemals als Verbündete der UdSSR dem Warschauer Vertrag angehört hatten. Denn nach dem Zerfall der UdSSR - so das Selbstverständnis der NATO-Strategen - „löst die Strategie der Ausweitung (enlargement) die der Eindämmung (containment) ab ...“ [5]

Ähnlich wie beim Golfkrieg II geht es der Expansionsstrategie der USA und der NATO gegenüber Rußland - mehr als das die europäische Öffentlichkeit bisher wahrgenommen hat - um die Energieträger Erdöl und Erdgas! Immerhin werden die inzwischen erkundeten Erdöl- und Erdgasvorkommen der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan mit denen am Persischen Golf verglichen. Für die USA war das Veranlassung, ihre Interessensphäre bis zum Kaspischen Meer und zum Kaukasus auszudehnen. Insofern folgerichtig bewertete ZBIGNIEW BRZEZINSKI kürzlich den „Kampf um die Zukunft Zentralasiens“ als „eine der wichtigeren, aber weniger beachteten geopolitischen Konsequenzen des Zerfalls der Sowjetunion.“ Das aber ist für ihn vor allem die Frage, „wer den Zugang zu den riesigen Energie-

und Edelmetallvorkommen Zentralasiens kontrolliert“. BRZEZINSKI ist jedenfalls davon überzeugt: „Wenn die Energiereserven der gegenwärtig ölexportierenden Länder zur Neige gehen, besteht die Aussicht, daß Zentralasien über kurz oder lang einspringen und den Westen mit Öl versorgen wird.“ Das aber muß zu einem Konflikt mit Rußland führen, das seinerseits die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR als sein natürliches Hinterland und damit seine Interessensphäre ansieht.

Für BRZEZINSKI ist dies Veranlassung zu unverhüllter Drohung: „Für Rußland wäre es ein Pyrrhussieg, gelänge es ihm, Zentralasien zu isolieren ... Rußland könnte in einen anhaltenden Konflikt mit über 55 Millionen ehemals sowjetischen Muslimen hineingezogen werden, die dann von der Türkei, dem Iran, Afghanistan und Pakistan unterstützt würden. Tschetschenien sollte in der Hinsicht als Warnung dienen.“ [6]

Deutschlands Ambitionen

Bei der Realisierung ihres „Weltführerschafts“-Konzepts setzen die USA-Strategen auf Verbündete, die stark genug sind, ganze Regionen zu beherrschen und so - neben der Verfolgung ihrer regionalen Vorherrschaftspläne - zugleich als regionale Statthalter der globalen Führungsmacht fungieren können. Für Europa organisieren die USA die hegemoniale Arbeitsteilung mit ihren Hauptverbündeten vor allem über die NATO. In diesem Sinne forderte HENRY KISSINGER bereits im Mai 1992, die NATO neu zu organisieren, „so daß auf einigen Gebieten von einer amerikanischen Führungsrolle gesprochen werden kann und auf anderen von einer europäischen“. [7]

Der Sache nach handelt es sich bei der von KISSINGER apostrophierten „europäischen Führungsrolle“ vor allem um die Rolle des nach Beitritt der DDR größer und mächtiger gewordenen Deutschlands als regionale Führungsmacht der NATO und Hauptinteressenten an ihrer Osterweiterung. Eine solche Rolle Deutschlands entspricht nicht nur den Erwartungen der maßgebenden USA-Politiker, sie entspricht auch dem Selbstverständnis und den expansiven Ambitionen der herrschenden Klasse Deutschlands.

Ideologisch wird das wiederum gen Ost zielende Vorherrschaftsstreben immer häufiger von der Mittellage Deutschlands in Europa her begründet. Inhaltlich ist das die Wiederbelebung jener imperialistischen „**Mitteleuropa**“-Konzeption, wie sie FRIEDRICH NAUMANN 1915 noch in der Überzeugung der Öffentlichkeit unterbreitet hatte, daß Deutschland und Österreich-Ungarn den Weltkrieg gewinnen würden. NAUMANN'S „Mitteleuropa“-Verständnis deckte sich dabei weitgehend mit dem, was BISMARCK einst entwickelt hatte. In seinen Anfang 1991 veröffentlichten „Anmerkungen zur weltpolitischen Rolle des geeinten Deutschland am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts“ zitiert THEO SOMMER ausdrücklich BISMARCK, der seinerzeit einem Befürworter der Eroberung von Kolonien in Afrika entgegnet hatte: „Ihre Karte von Afrika ist ja

sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte. Das ist meine Karte von Afrika“.

Genau das - meint THEO SOMMER 1991 - „ließe sich durchaus auf die heutige Situation der Bundesrepublik ummünzen: Unser Naher Osten liegt zwischen Elbe und Eisenhüttenstadt, unser Mittlerer Osten beginnt hinter dem Bug. In dieser Prioritätensetzung sollten wir uns nicht beirren lassen.“ [8]

WOLF JOBST SIEDLER wird noch deutlicher: „Tatsächlich ist Deutschland zum ersten Mal wirklich wieder Hegemonialmacht ganz Mitteleuropas. Es wird für die Tschechoslowakei, für Ungarn, zum Teil auch für Polen die Führungsmacht sein.“ [9]

Bundeskanzler HELMUT KOHL hatte offenkundig genau diese Vision von einer „Neuordnung Europas“ vor Augen, als er 1994 auf der 31. Konferenz für Sicherheitspolitik in München explizit an den Vertrag von Locarno (1925) erinnerte und dann ausführte: „Wir Deutschen haben die neu gewonnene Einheit unseres Landes von vornherein mit der Einigung Europas verknüpft... Das bedeutet auch, daß die deutsch-polnische Grenze nicht auf Dauer die Ostgrenze von NATO und Europäischer Union sein darf. Wer dies anders sieht, muß wissen, daß damit Konflikte vorprogrammiert sind... Polen und Krakau liegen in Mitteleuropa und das kann man nicht oft genug sagen.“ [10]

Während KOHL und andere offizielle Vertreter Deutschlands noch immer bemüht sind, die heutigen Staatsgrenzen nicht direkt in Frage zu stellen, ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.07.1973 nach wie vor in Kraft, nach der das Deutsche Reich 1945 nicht untergegangen sei, sondern in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland als Völkerrechtssubjekt fortbestehe und erst dann zufrieden sein werde, wenn es die Grenzen von 1937 wiedererlangt habe . [11]

Es entspricht dieser zutiefst revanchistischen Position imperialistischer deutscher Kreise, wenn BRD-Außenminister KLAUS KINKEL am Anfang dieses Jahres erklärte, daß die Potsdamer Beschlüsse der Antihitlerkoalition für die Bundesregierung „keine Rechtswirkung“ hätten. [12]

Alles andere als zufällig sind in diesem Zusammenhang die seit Jahren immer intensiver erhobenen Forderungen deutscher Politiker, den Status jenes Teils des früheren Ostpreußen, der heute Bestandteil Rußlands ist, zugunsten „Europas“ bzw. Deutschlands zu verändern. [13]

In Rußland muß das natürlich als etwas gesehen werden, das im Zusammenhang mit der Osterweiterung der NATO steht.

Rußlands Positionen

In der prinzipiellen Ablehnung der NATO-Osterweiterung sind sich alle Politiker und Militärs des heutigen Rußland ebenso einig wie darin, diese Ablehnung mit militärischen Überlegungen zu begründen. Ich denke, daß das aus mindestens drei Gründen berechtigt ist:

Erstens wird mit diesem Konzept ein kollektives - Rußland einschließendes - europäisches Sicherheitssystem verhindert und statt dessen der Machtbereich der NATO auf die Territorien der früheren Teilnehmerstaates des Warschauer Vertrages Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ausgedehnt.

Zweitens handelt es sich bei der NATO um ein Militärbündnis, dessen Strategiekonzept noch immer die Bereitschaft zum atomaren Erstschlag enthält.

Drittens schließlich gibt es schon jetzt die ausdrücklichen und durch kein Dementi zurückgenommenen Zusagen der Präsidenten Polens und der Tschechischen Republik, auf dem Territorium dieser bisher aussichtsreichsten Anwärter für die Aufnahme in die NATO Kernwaffen zu stationieren.

In einem am 20. Oktober 1995 veröffentlichten Gutachten des dem Verteidigungsministerium und dem Sicherheitsrat des Präsidenten nahestehenden russischen Instituts für Verteidigungsstudien wird als Ziel der NATO-Osterweiterung die „endgültige Verdrängung“ Rußlands aus Europa gesehen und eingeschätzt: „Hauptinitiator der NATO-Osterweiterung ist die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Wiederaufnahme einer deutschen Expansion in östlicher und südöstlicher Richtung.“ Als Gegenmaßnahmen werden in diesem Dokument u. a. vorgeschlagen: Bildung eines gegen die NATO gerichteten Militärblocks aus den GUS-Staaten und nukleare Gegenrüstung auf dem gesamten Territorium der ehemaligen Sowjetunion sowie Übergabe von Kernwaffen auch an andere Staaten. [14]

Nach Einschätzung des Leiters der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, ERNST-OTTO CZEMPIEL, kann Rußland „nicht umhin, die geplante Osterweiterung der Militärallianz als eine potentielle Bedrohung seiner Sicherheit zu interpretieren“ und sich deshalb gezwungen sehen, „Aufrüstungsprozesse voranzubringen, die der Westen als Bestätigung seiner Vorsichtsmaßnahmen deuten muß... Damit würde die Osterweiterung der NATO genau das befördern, was sie doch gerade verhindern sollte: die Wiederkehr einer russischen Bedrohung.“ Nach CZEMPIEL sollte deshalb „die Osterweiterung der NATO dringend überprüft werden“. CZEMPIEL geht es um „die Grundlegung einer Sicherheit in jenem umfassenden Sinne, daß in Europa jeder Staat vor seinem Nachbarn sicher ist“. Dafür aber sieht er in der Stärkung der OSZE die besten Voraussetzungen. [15]

Ausblick

Bisher hat die europäische und Welt-Öffentlichkeit noch völlig unzureichend zur Kenntnis genommen, welche Gefährdungen des Friedens mit dem Konzept der Osterweiterung der NATO verbunden sind. Deshalb ist der Widerstand dagegen auch noch so schwach. Unsere Erfahrungen aus der Zeit des Kalten Krieges besagen jedoch, daß die Gefahr eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt erst abgebaut werden konnte, als beide auf Konfrontation verzichteten und bereit waren, **Sicherheitspartnerschaften** zu praktizieren. Indem die NATO mit ihrem Konzept der Osterweiterung ihres Machtbereiches wieder auf Konfrontationskurs gegen Rußland geht und sich dabei arrogant über russische Sicherheitsinteressen hinwegsetzt, ist erneut Unsicherheit bis hin zu Kriegsgefahr vorprogrammiert.

Angesichts dessen ist es von kaum zu überschätzender Bedeutung, daß die Ungarische Arbeiterpartei bis Oktober 1995 mit 180.000 Unterschriften die Voraussetzung dafür geschaffen hat, in Ungarn eine Volksabstimmung zu der Frage durchzuführen: „Wollen Sie, daß Ungarn in die NATO eintritt? Ja oder Nein?“ Es wäre dies das erste Mal, daß in einem jener früheren Warschauer Paktstaaten, deren heutige Regierungen den Beitritt zur NATO betreiben, darüber eine Volksabstimmung stattfindet.

Anmerkungen

- [1] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 103, 11.12.1995, S. 1011.
- [2] Ebenda, S. 1012.
- [3] Die Zeit, Hamburg, Nr. 27, 30.06.1995, S. 2.
- [4] R. Mutz: Nur noch Stempelkissen der Mächtigen. In: Freitag, Berlin, Nr. 5, 26.01.1996, S. 8.
- [5] A. Lake: Engagement in der Welt im amerikanischen Interesse. In: Amerika Dienst, Bonn, 6.10.1993.
- [6] Z. Brzezinski: Pipelines und Demokratie. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 44, 27.10.1995, S. 41. Siehe auch: J. K. Cooly: Beyond Grozny, a Battle to Control Oil Export Routes. In: International Herald Tribune, New York, 24.5.1995.
- [7] H. Kissinger: Der Westen muß sich an das neue Selbstbewußtsein der Deutschen gewöhnen. In: Welt am Sonntag, Berlin, 3.5.1992.
- [8] Th. Sommer: Die Deutschen an die Front? Anmerkungen zur weltpolitischen Rolle des geeinten Deutschland am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 13, 22.3.1991, S. 3.

- [9] W. J. Siedler in: A. Baring: Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler. Berlin 1991, S. 83.
- [10] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 16.2.1994.
- [11] Vgl. u. a.: K. Naumann: „Neuanfang ohne Tabus“. Deutscher Sonderweg und politische Semantik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, H. 4/1994, S. 439; R. Scholz: Zukunftsträchtige Perspektiven. In: Die politische Meinung, Bonn 35 (1990), S. 8.
- [12] Vgl. u. a.: P. Brod: Neuer Spuk um ein altes Gespenst. In: Süddeutsche Zeitung, München, 8.2.1996, S. 6.
- [13] Vgl. u. a.: M. Kumpfmüller: Königsberg und andere Kleinigkeiten. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 14, 1.4.1994, S. 49.; Königsberg in Strasbourg. Die Kaliningrad-Debatte des Europaparlaments am 8. Februar 1994 (Wortlaut). In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, H. 4/1994, S. 511 ff.
- [14] Nach: W. Daschitschew: Eine Denkpause könnte helfen. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 51, 15.12.1995, S. 11.
- [15] E.-O. Czempiel: Zwei Pfeiler europäischer Politik. Ohne Abschied vom traditionellen Gleichgewichtsdenken gibt es keine Friedensordnung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 1.12.1995.

Autor:

Ernst W o i t
Prof. Dr. phil. et sc. pol.
Liliengasse 15
01067 D r e s d e n

Aus „Freitag“. Die Ost-West-Wochenzeitung, Berlin 14. 06. 96 (Nr. 25, S. 7)

Modell Matrjoschka-Puppe

Eine Nachbetrachtung zur Berliner NATO-Tagung

Bundesaußenminister Kinkel sprach von einem „Signal aus Berlin“. Doch welches Signal wurde geblasen? Das zum Sammeln? Zum Biwak? Zum Lösen vom Gegner? Zur Gefechtpause oder gar zur Entwarnung? Die Antwort fällt nicht leicht. Am ehesten könnte man sagen, daß der Nordatlantikpakt, wie schon des öfteren seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, nach einer neuen Beschäftigung fahndete. Eine „neue NATO“ ist am Ende nicht herausgekommen, obgleich sich einige Entwicklungen zeigen. Diese sind unter den Stichworten „Europäische Verteidigungsidentität und Rückkehr Frankreichs in die Militärorganisation der NATO“ und „Osterweiterung der NATO“ (oder „Öffnung der NATO“, wie es nun nach einer Bonner Sprachregelung heißen soll) am deutlichsten sichtbar.

Was als „Europäische Verteidigungsidentität“ gefeiert wurde, erweist sich beim näheren Hinsehen allerdings - um es höflich zu sagen - als Scheinlösung. Eine wirkliche Verteidigungs- und sicherheitspolitische Eigenständigkeit der europäischen NATO-Länder tritt nämlich nicht ein. Allerdings werden nun militärische Operationen mit den zu bildenden Combined Joint Task Forces (CJTF) unter der Führung der Westeuropäischen Union (WEU) möglich, an denen die NATO-Staaten, die nicht Mitglied der WEU sind, nicht teilnehmen.

Dafür werden in der NATO nach dem Prinzip „trennbar, aber nicht getrennt“ entsprechende Führungsgremien und Streitkräftekontingente geschaffen. Bei jeder Operation unter WEU-Führung muß aber zuvor der NATO-Rat die Kräfte dafür freigeben. Dieses Führungsprinzip gleicht einer Matrjoschka-Puppe. Das WEU-Führungsgremium befindet sich mit seinen Kräften und Mitteln im Bauch der größeren NATO-Puppe, und es kann auch jederzeit - nach zeitweiliger Herauslösung - durch die größere Puppe wieder gedeckelt werden. Dies ermöglicht nun nach 30 Jahren auch die Rückkehr Frankreichs in die Militärorganisation der NATO, von der sich de Gaulle unter anderem deshalb trennte, weil er französische Streitkräfte nicht fremdem Kommando unterstellen wollte.

Die Übertragung der „Europäischen Verteidigungsidentität“ an die WEU hat aber auch noch einen anderen Aspekt: Nicht nur die USA und Kanada wären dann an militärischen Operationen nicht beteiligt, sondern auch Dänemark, Island, Norwegen, die Türkei und Griechenland, die ja nicht WEU-Mitglieder sind. Dies kann bei einigen potentiellen Konfliktherden, eher im Süden als im Norden, zu Problemen führen. Es ist auch mehr als fraglich, ob sich Rußland auf einen „Sicherheitspartner“ einlassen möchte, der die USA ausklammert. Es wird sich erweisen müssen, ob am Ende so nicht eine Verwirklichung des Slogans *from containment to confusion* herauskommt. Eine solche „Mitteleuropa“- oder

„Kerneuropa-Lösung“ wirft auch die Frage nach der Führungsrolle in diesem Bündnis auf, für die es wohl drei Prätendenten gibt.

Als „Überraschung“ wurde in einigen Medien das Auftreten des russischen Außenministers bezeichnet. Er erklärte sich mit einer Osterweiterung der NATO einverstanden, wenn es dabei nicht zur Stationierung von Truppen, Kernwaffen und Kernwaffenträgern an den Westgrenzen Rußlands käme. Man kann darüber spekulieren, ob dies einer russischen Einsicht entspricht, daß der Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung nicht durchzuhalten ist, oder ob Primakow seinem Präsidenten noch vor den Wahlen ein Ei ins Nest legen wollte, denn schließlich müßten auch Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn, von den Baltischen Republiken ganz zu schweigen, mit einer solchen Lösung einverstanden sein.

Man wird die Folgen der NATO-Osterweiterung später genau analysieren müssen. Gemeint sind die Folgen für die mittel- und osteuropäischen Länder wie auch für die NATO selbst. Letzteres auch deshalb, da es wohl einmalig sein dürfte, daß ein Konzern, der ein neues Produktionsprofil und eine neue Marketingstrategie sucht, dadurch aus dem Schlamassel kommt, daß er eine Vielzahl weiterer Unternehmen, die allesamt rote Zahlen schreiben und keine Mitbewerber sind, aufkauft. Nach Berechnungen des *Congressional Budget Office* in den USA betragen die Kosten für die Osterweiterung in den ersten 15 Jahren bis zu 124,7 Milliarden Dollar, von denen die USA 19, die westlichen Verbündeten 54 Milliarden übernehmen würden, fast 52 Milliarden Dollar müßten die neuen NATO-Partner selbst zahlen. Alle diese Mittel würden somit zivilen Konfliktlösungen entzogen.

Herausgekommen ist in Berlin letztlich die Übergabe der Sicherheitsprobleme an ein Militärbündnis. Damit wurde kein Schritt zu einer friedlichen zivilen Konfliktprävention getan, schon gar nicht zu einer Lösung der mannigfaltigen Konflikte, deren Ursachen nicht militärischer Natur sind.

Erich Hocke

